



Deutschlandfunk
Deutschlandfunk Kultur
Deutschlandfunk Nova



Eine Initiative von Deutschlandradio
und seinen drei Programmen

**Die wehrhafte
Demokratie**

QR-Codes

In dieser Broschüre finden Sie QR-Codes, die Sie zu weiterführenden Informationen auf unseren Webseiten leiten. Scannen Sie diese Codes einfach mit Ihrem Smartphone. Um herauszufinden, ob Ihr Gerät QR-Codes lesen kann, öffnen Sie die Kamera-App und halten Sie die Kameralinse ruhig in Richtung des Codes. Wenn das Scannen nicht möglich ist, müssen Sie diese Option in den Einstellungen Ihres Geräts aktivieren.

Impressum

Herausgeber

Deutschlandradio
Körperschaft des öffentlichen Rechts
Raderberggürtel 40, 50968 Köln

deutschlandradio.de/denkfabrik
denkfabrik@deutschlandradio.de

Bildnachweis

Getty Images/Alvaro Medina Jurado (Umschlag), Jann Höfer (S. 4), EyeEm/carameluh (S. 6), Imago/Chromorange (S. 10–11), privat (S. 13), iStock/BRO Vector (S. 14), Imago/Felix Jason (S. 16), HHU/Jochen Müller (S. 19), www.einhorn.my (S. 20), ullsteinbild/Röhnert (S. 22), iStock/proksima (S. 24), picture alliance/ZB/Peter Endig; picture alliance/dpa-Zentralbild/Jan Woitas (S. 29), picture alliance/dpa/Jens Wolf (S. 32), picture alliance/Eventpress Stauffenberg (S. 35), iStock/Irina Cheremisinova (S. 37), Robert Jende (S. 38), Getty Images/Joos Mind (S. 40–41), Raphael Janzer; Imago/Malte Müller (S. 43), pixabay/GulArt (S. 44), picture alliance/dpa/Markus Scholz (S. 49), iStock/master1305 (S. 51), Imago/TopFoto Mono Negative UnitedArchives (S. 52), Imago/Sabine Gudath (S. 56), picture alliance/Jörg Carstensen (S. 59), picture alliance/empics/Yui Mok (S. 60), Imago/Sven Simon (S. 65), Getty Images/Frank van den Bergh (S. 67), picture alliance/dpa/Maurizio Gambarini (S. 69), picture alliance/dpa/Hendrik Schmidt (S. 71), Imago/Christian Schroedter (S. 72), Deutschlandradio/Luisa Bebenroth (S. 74), unsplash/Christian Lue (S. 77), EyeEm/Maskot (S. 78), Imago/epd (S. 81), Stella Flatten (S. 84), iStock/tupungato (S. 86–87), Deutscher Bundestag/Henning Schacht (S. 88), Deutschlandradio/David Ertl (S. 90), picture alliance/dpa/Christian Charisius (S. 91), Deutschlandradio (S. 93), Deutschlandradio/Simon Detel (S. 98–99), Deutschlandradio/Meta Friedrich (S. 101), EyeEm/Westend61 (S. 102–103)

Layout

Deutschlandradio Service GmbH

Stand

Februar 2024



KAPITEL 1

Eine Bestandsaufnahme

Seite 10

KAPITEL 2

Wie kann das gelingen?

Seite 40

KAPITEL 3

Endlich wieder im Land unterwegs

Seite 86



Liebe Leserinnen und Leser,

viele Jahre waren wir zu sorglos. Viele von uns haben gedacht, die parlamentarische Demokratie mag ihre Schwächen haben, dennoch ist diese Form, einen Staat zu organisieren und zu regieren, in den westlichen Gesellschaften, auch bei uns, so gefestigt, dass niemand ernsthaft nach einer Alternative strebt.

Aber gerade diese Staatsform muss auch mit Leben gefüllt werden. Gefragt, ob sie mit dem Zustand der Demokratie zufrieden sind, gibt eine wachsende Zahl von Menschen an, dass sie es nicht sind. Laut der aktuellen „Mitte-Studie“ der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung können sich dreimal mehr Menschen als vor zwei Jahren vorstellen, dass eine Partei oder eine Person „mit starker Hand“ führt. Das ist immer noch eine recht kleine Minderheit. Das Gefühl, dass unsere Demokratie gefährdet ist, haben jedoch viele Bürgerinnen und Bürger. Und das nicht nur, weil Kriege und Krisen Spuren auch bis tief in unsere Gesellschaft hinterlassen.

Das mag auch erklären, warum die Wahl für das Denkfabrik-Thema auf „die wehrhafte Demokratie“ gefallen ist.

Dass unsere Hörerinnen und Hörer uns damit beauftragen, einem Thema ein Jahr lang intensiv nachzugehen, das sie besonders beschäftigt, ist die zentrale Idee der Denkfabrik. Sie ist uns sehr wichtig. Und sie hat sich als hervorragend erwiesen. Denn auch in den letzten Jahren haben Sie ein ausgezeichnetes Gespür für Themen gehabt, deren Relevanz im Laufe des Jahres immer weiter gestiegen ist. Ihr Wissen, Ihre Ideen und Anregungen, die viele von Ihnen bei der Stimmabgabe aufgeschrieben haben, haben uns geleitet. Und so ist es wieder ein facetten- und lehrreiches Denkfabrikjahr geworden. Diese Publikation gibt einen Eindruck davon.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre und viel Freude beim Lesen.

Ihr
Stefan Raue

Intendant Deutschlandradio

„Wie lässt sich die Demokratie verteidigen?“



„Ich möchte dazu Geschichten aus Deutschland und aller Welt hören, kleine und große!“ Das schrieb uns eine Hörerin bei der Abstimmung zum Denkfabrik-Thema 2023.

Nicht nur sie schrieb, sondern auch viele andere: Insgesamt haben uns sage und schreibe rund 12.000 Kommentare zum

diesjährigen Denkfabrik-Thema „Die wehrhafte Demokratie“ erreicht. Wir haben die Ärmel hochgekrepelt und uns gefragt: Müssen wir nicht erst einmal eine Bestandsaufnahme der wehrhaften Demokratie machen? Woher stammt der Begriff überhaupt? Wie funktioniert Demokratie im digitalen Zeitalter? Müssen wir nicht dabei einen kritischen Blick auf uns selbst, auf die Medien und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk werfen? Und: Wie funktioniert Demokratie konkret vor Ort?

Antworten darauf (oder zumindest Annäherungen) können Sie auf den folgenden Seiten – und natürlich auch auf unserem Denkfabrikportal denkfabrik.deutschlandradio.de – finden.

Wichtig war uns: Wir wollten Platz für den Austausch von Argumenten schaffen, unterschiedlichen Perspektiven Raum geben. Und Sie, unser Publikum, zu Wort kommen lassen. Das Ergebnis halten Sie in Händen.

Es gab großartige Momente in diesem Denkfabrikjahr der wehrhaften Demokratie. Wir haben zum Beispiel gelernt, dass Trinkhallen unverzichtbar sind für die Demokratie: als Begegnungsorte nämlich, an denen ganz unterschiedliche Menschen zusammentreffen. In Riesa erarbeiteten Jugendliche mit #battletalk ein Hörstück über das Streiten: Wie vermittelt man die eigene Meinung überzeugend, wie hält man andere Meinungen aus, wie knallt man wirkungsvoll mit Türen? Auch auf der Suche nach der Demokratie im Kleinen sind wir immer wieder fündig geworden: zum Beispiel im Fußballverein „Gesellschaftsspiele“, im Orchester „Bürgersinfonie“ oder auch in der integrativen Wohngemeinschaft „Auenland“ in Hannover.

Wir haben festgestellt, dass es verschiedene Zutaten braucht, damit eine Demokratie wehrhaft ist und bleibt. Oft ist keine riesige Kraftanstrengung nötig, sondern es reichen kleine Gesen im alltäglichen Miteinander aus, damit etwas Gemeinsames entsteht. Ein Blick über den Tellerrand, eine Idee und viele Hände. Wie beim gemeinsamen Kochen: Im Einkaufskorb liegen viele unterschiedliche Zutaten, werden nach Hause getragen, dort geschnippelt, geknetet und gerührt, am besten von mehreren – und am Ende sitzen alle zusammen, essen und reden. Diese Idee findet sich in der Gestaltung dieser Publikation wieder.

Die schönsten Momente waren die im direkten Gespräch mit Ihnen, etwa bei „Einer Stunde History“ in Leipzig und der Frage, was wir aus dem Westfälischen Frieden für die Konfliktbewältigung in der Ukraine lernen können oder auch bei der Diskussion „Deutsch-russische Beziehungen: für immer auf Eis?“ in Erfurt. Endlich wieder von Angesicht zu Angesicht reden, unterschiedlicher Auffassung sein, gut streiten – wunderbar!

Viel Spaß beim Blättern, Lesen, Hören. ✕

Dr. Eva Sabine Kuntz,
Kordinatorin Denkfabrik

Die Denkfabrik in Zahlen

2



Veranstaltungen vor Ort

15

Votes im Rahmen der
Abstimmung zum
Denkfabrik-Thema mehr als
38.000

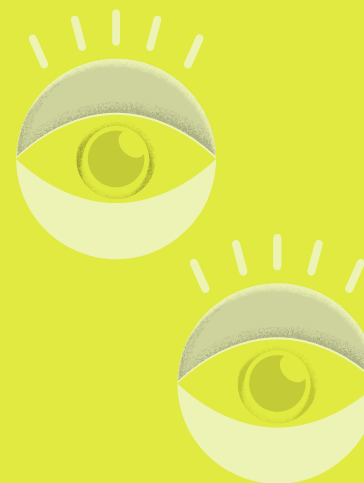


Sendungen zum
Thema der Denkfabrik rund

450

Zuschriften,
Anregungen und
Kommentare
12.491

2



Besucherinnen und Besucher
der Denkfabrik-Ausstellung

1.798



Audios in der
Sprechkabine über

500



Newsletter-Abonnentinnen
und -Abonnenten

13.452



KAPITEL 1

Eine Bestandsaufnahme

Gastbeitrag von Dr. Jens Hacke, Programmheft *Das Magazin* 5/2023

Konzept Wehrhafte Demokratie

Seit Beginn des Krieges in der Ukraine ist offensichtlich, dass sich Demokratien gegen innere und äußere Feinde verteidigen müssen.

Das neuerdings oft zitierte Konzept der

„wehrhaften Demokratie“ reicht in die Zwischenkriegszeit der 1930er-Jahre zurück, als liberale Ordnungen den Bedrohungen des Totalitarismus ausgesetzt waren. Zum Bewusstseinszustand der liberalen Demokratie gehörte es lange Zeit, die viel beschworene „freiheitlich demokratische Grundordnung“ als logische Ende der Geschichte anzusehen. Freie persönliche Entfaltung, eine leistungsfähige Ökonomie und hoher Lebensstandard schienen bisher ein weltweit nachahmungswürdiges Modell zu liefern.

Diese Überzeugung hat im vergangenen Jahrzehnt mehrere Dämpfer hinnehmen müssen. Wirtschaftskrisen, Migrationsströme und gesellschaftliche Verunsicherungen haben in westlichen Gesellschaften zu Selbstzweifeln und zu populistischen Gegenbewegungen geführt, während sich gleichzeitig – angeführt von China und Russland – eine autoritäre Internationale

formiert hat, die Demokratie und Liberalismus offen bekämpft.

Spätestens nach der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten im Herbst 2016 war allenthalben vom Scheitern der Demokratie die Rede. Der Westen wirkte lethargisch und machtlos; die jahrelange Fixierung auf Frieden und Wohlstand hatte den Sinn für Gefahren merklich getrübt. Kluge Historiker wie Timothy Snyder und David Runciman markierten die Parallelen zur Lage der 1930er-Jahre, als demokratische Staaten von innen und außen bedroht wurden. Antiliberaler totalitärer Ideologien nutzten damals die Schwächen freier Gesellschaften, um den Parlamentarismus, die demokratische Öffentlichkeit und den Rechtsstaat zu unterminieren. Nachdem das westliche Modell nach dem Ersten Weltkrieg gesiegt zu haben schien, durchlitt es angesichts der sowjetischen, faschistischen und nationalsozialistischen Bedrohung eine Existenzkrise. Wie Dominosteine fielen die jungen Republiken in Italien, Deutschland, Spanien und Österreich.

Damals wie heute führte eine zwar verständliche, aber politisch fatale Friedenssehnsucht in demokratischen Gesellschaften zur weitgehend passiven Hinnahme autoritären Machtstrebens. Die Appeasement-Politik kam den revisionistischen Forderungen der NS-Diktatur in der Hoffnung entgegen, einen Krieg abzuwenden – und verkannte den expansiv-imperialistischen Charakter von Hitlers Herrschaft. Der Vergleich mit Putins Annexion der Krim und dem Angriffskrieg gegen die Ukraine ist nicht weit hergeholt.

In den 1930er-Jahren artikulierten liberale Demokraten – gebrannte Kinder der Weimarer Republik – die Notwendigkeit, sich willensstark und entschlossen gegen die Feinde des Staates zu wehren. Der Staatsrechtler Karl Loewenstein, ein Schüler Max Webers, brachte 1937 im amerikanischen Exil eine verbreitete Überzeugung auf den Begriff „militant democracy“, Vorläuferin der heute oft beschworenen „wehrhaften Demokratie“. Loewensteins Konzept verströmte den existenziellen Ernst der damaligen Situation.

Der Staat sollte nicht nur in die Lage sein, Verfassungsgegner zu bekämpfen, sondern in den Bürger*innen den Geist wecken, auch gegen äußere Bedrohungen Widerstand zu leisten.

Auch Thomas Mann, die wichtigste politische Stimme der deutschen Emigration, nahm dieses Bild militanter Selbstbehauptung in seine Rede „Vom kommenden Sieg der Demokratie“ (1938) auf.



Dr. Jens Hacke, lehrt und forscht als Privatdozent an der Humboldt-Universität zu Berlin zur politischen Ideengeschichte der Demokratie. Zuletzt erschien in der Europäischen Verlagsanstalt sein Buch „Liberale Demokratie in schwierigen Zeiten. Weimar und die Gegenwart“ (2021).

Mann und Loewenstein, übrigens gut miteinander bekannt, wussten, dass Appelle nicht reichen. Für Krisen muss man Vorbauern und die demokratische Lebensform in einer freiheitlichen politischen Kultur pflegen.

Die Einsicht, dass Demokratie, Rechtsstaat und Wohlstand keineswegs für immer gesichert sind, sondern die innerliche Zustimmung und den willigen Einsatz der Bürger*innen verlangen, hat seither nichts von ihrer Gültigkeit verloren. Demokratische Wehrhaftigkeit – das zeigt der aufopferungsvolle Kampf der Ukraine – entfaltet ihre Kraft, wenn Menschen feste Überzeugungen von einem Leben in Freiheit teilen und sich gemeinsam für eine bessere Zukunft einsetzen. ✕



„MAN UNTERSTÜTZT SICH HIER GEGENSEITIG“

In der Wohngemeinschaft „Auenland“ blubbert an diesem Mittag ein italienischer Eintopf auf dem Herd. Vier Frauen und vier Männer im Alter zwischen 25 und 30 Jahren sitzen am langen Küchentisch.

Wenn Menschen mit Behinderung ein eingespieltes Team sind

Anne aus dem Betreuer-Team teilt dampfende Teller aus, sie trägt eine goldene Pappkrone im Haar: „Ich war Prinz, weil Nele heute Cinderella spielt. Nele schlüpft ganz gern in andere Rollen – und deswegen hatte ich die Krone auf, weil sie heute noch keinen passenden Prinzen gefunden hat.“ Nele zupft sich ihr buntes Stirntuch zurecht, kichert vergnügt. „Schlossbesichtigung“: Max und Jonathan fahren in ihren Rollstühlen voraus, lotsen den Besucher durch die geräumige Erdgeschosswohnung. Im breiten Flur öffnen sich Automattüren wie von Geisterhand. Auch die Bäder sind barrierefrei gestaltet. Max, als Kind verunfallt, lebt mit einer geistigen Behinderung. Jonathan ist aufgrund einer Hirnfehlbildung spastisch gelähmt. „Das ist euer Wohnzimmer? Und dann guckt ihr Fernsehen zusammen? Aber sagt mal, kriegt ihr Euch denn da nicht manchmal in die Wolle?“ „Äh, nein! Wir sprechen uns immer vorher ab und dann gucken wir zusammen auf Netflix – oder was gerade so läuft.“ Wie in einer Studenten-WG leben sie hier seit zwei Jahren unter einem Dach. Die Atmosphäre: liebevoll, wachsam, familiär. Max: „Wir verstehen uns alle ganz gut miteinander. Wir kennen uns ja auch fast alle von der Schule und sind auch schon ganz lange befreundet, also sind quasi ein eingespieltes Team.“ Durch breite Fenster geht der Blick hinaus zum

Ufer des Flusses Ihme, der hier im Stadtquartier Calenberger Neustadt träge vorbeizieht. Die Ohe-Höfe sind Hannovers größtes Baugemeinschaftsprojekt. Neben dem städtischen Wohnungsunternehmen Hanova sind private Initiativen ins Risiko gegangen. Gemeinsam haben die unterschiedlichen Bauherren dieses 40 Millionen Euro teure Ensemble von Niedrigenergiehäusern realisiert. Ihnen allen geht es um ihre Gemeinschaft hier, um inklusive Vielfalt, das soziale Miteinander von Jung und Alt. Frank Heilmann, der Vater von Jonathan, ist Gründer und erster Vorsitzender des Vereins Selbstbestimmtes Wohnen Hannover e. V. Die Elterninitiative kämpft für Teilhabe und Sichtbarkeit. „Was wir überhaupt nicht wollten, ist, dass über die Interessen unserer Kinder hinweg entschieden wird, sondern dass die Interessen der Kinder weitestgehend auch in allen Entscheidungen mit eingebunden werden. Und das sehen wir im Heim nicht gewährleistet. Wir haben das Haus gebaut mit einer Gruppe von Menschen, die bereit sind, hier auch mit Menschen mit Beeinträchtigungen gemeinsam zu leben. Man unterstützt sich hier gegenseitig. Und dieses mittendrin zu sein im Leben, diese gesellschaftliche Teilhabe auch leben zu können, das ist hier ganz außergewöhnlich toll!“ ✕

Alexander Budde, freier Autor Niedersachsen

Deutschlandfunk Kultur, Lesart

Warum die wehrhafte Demokratie mehr Trinkhallen braucht?



Juristin Sophie Schönberger im Interview mit Christian Rabhansl, Autor und Moderator bei Deutschlandfunk Kultur

Christian Rabhansl: Eine lebendige Demokratie kann es nur geben, wo sich Menschen der Gemeinschaft zugehörig fühlen, schreiben Sie. Das Problem dabei ist, dass diese Gemeinschaft gehörig nervt, dass die anderen mit ihren Ansichten und Meinungen manchmal wirklich nur schwer zu ertragen sind. In welchem demokratischen Streit haben Sie das letzte Mal so gedacht?

Sophie Schönberger: Ach, ehrlich gesagt, geht mir das ganz oft so, dass ich denke, das ist eine Zumutung, die Meinung gefällt mir nicht, das ist überhaupt nicht reflektiert genug. Aber das muss man halt aushalten. Also da muss man sich eben auch mal zurücknehmen und sagen: Okay, es dreht sich nicht alles nur um mich, damit muss ich leben.

Es geht ja nicht nur darum, dass wir die Mehrheitsentscheidungen akzeptieren, sondern auch überhaupt nur ertragen, mit diesen Meinungen konfrontiert zu werden. Das empfinden wir als Hölle, als Zumutung, schreiben Sie. Sind wir wirklich so intolerant und dünnhäutig geworden?

Das klingt jetzt so negativ. Man könnte es auch positiv fassen und sagen: Na ja, es ist halt die Kehrseite einer Gesellschaft, in der das Individuum mehr und mehr Raum bekommt, in der Individualisierung überhaupt erst zu einem großen Teil möglich geworden ist, in der wir uns immer weniger mit anderen arrangieren müssen. Das fängt schon dabei an, dass wir viel mehr Wohnraum für uns haben. Dass wir viel öfter allein leben können, dass wir uns nicht in engen Wohnungen, mit Mehrgenerationen-Konstellationen zusammenraufen müssen. Aber dadurch entwöhnt man sich natürlich auch der Zumutung, die der Andere immer darstellt, und auch der entsprechenden Rücksichtnahmen.

Sie schreiben ja auch, Demokratie ist kein individuelles Selbstverwirklichungsprojekt. Steht die liberale Gesellschaft paradoxerweise im Konflikt mit der Demokratie, aus der heraus sie überhaupt erst möglich wird?

In der Tat. Demokratie wird ja bei uns sehr stark als dieses große demokratische Freiheitsversprechen erzählt. Das ist natürlich ein tolles Verkaufsargument, und das erreicht die Leute im besten Fall. Und es ist immer das Argument gewesen, warum Demokratie funktioniert. Warum Demokratie trotz aller Defizite die überlegene Staats- und Regierungsform ist. Aber das ist eben nur die eine Seite der Medaille, der, sagen wir, schöne Teil. Der anstrengende Teil ist der, dass es eben nicht nur um die individuelle Freiheit geht, sondern wir am Ende in eine Gemeinschaft eingebettet sind. Und da muss man den anderen aushalten, und in der Demokratie muss man ihn nicht nur irgendwie aushalten. Man muss ihn auch als gleich aushalten und seiner Meinung genauso viel Raum wie der eigenen geben. Auch wenn man die Meinung für völlig unausgegoren, blöd, unüberlegt oder unzumutbar hält.

Waren diese Konflikte früher nicht ganz so groß, weil es einen viel größeren sozialen Druck gab? Das heißt, die Mehrheit empfindet das vielleicht so, dass die Zumutungen zunehmen. Aber für die Minderheit ist es eine Befreiung?

Das ist ein wesentlicher Aspekt. Wir kommen ja aus einer Gesellschaft, in der die Individualisierungsspielräume deutlich kleiner waren, in der der Konformitätsdruck größer war oder auch Konformität stärker als etwas Positives gesehen wurde. Das hat natürlich das Aushalten des Anderen einfacher gemacht – vor allen Dingen, wenn man zu der Gruppe gehört hat, die im Wesentlichen die Geschicke bestimmt hat. Das heißt, wir

hatten natürlich immer stärker marginalisierte Gruppen, die sich nicht durchsetzen konnten, die aushalten mussten, dass andere über sie bestimmen. Aber auch da wurde das in gewisser Weise stärker abgefedert durch diese Gruppenzugehörigkeit und dieses Sich-in-der-Marginalisierung-Einrichten, das meine ich jetzt ganz neutral. Insofern sind natürlich das demokratische Freiheitsversprechen und auch das Individualisierungsversprechen eine große Chance, eine große Möglichkeit gerade auch für unterrepräsentierte, marginalisierte Gruppen. Aber es ist eben auch schwieriger und anspruchsvoller geworden, die Demokratie dabei am Laufen zu halten.

Wer gehört denn zu diesem gemeinsamen „Wir“ in der Demokratie?

Wir würden natürlich heute den Anspruch haben, dass die marginalisierten Gruppen auch dazugehören. In Ihrem Buch finden sich viele Beispiele, wie die AfD dieses kollektive Wir eher als etwas Ausschließendes definiert. Dieses „Wir“ sei eigentlich eine Selbsterhöhung, letztlich ein Plural des Ich, schreiben Sie. Können Sie das erklären?

Das ist tatsächlich etwas, was viele Formen des Populismus, die wir heute beobachten, ausmacht. Man interpretiert das häufig als eine Überhöhung der Gemeinschaft, der Volksgemeinschaft möglicherweise, der nationalen Gemeinschaft. Aber meiner Meinung nach steckt da ein-

fach eine große Übersteigerung unserer starken Individualisierung in der Gesellschaft drin, weil die Unterscheidung zwischen dazugehörig und nicht dazugehörig – zu dem Volk gehörend, wie der Begriff ja von den Populisten häufig benutzt wird – am Ende sehr stark davon abhängig gemacht wird, ob der andere der eigenen Meinung ist oder nicht. Das heißt, dem Volk zugehörig ist dann der, der meiner Meinung ist, und alle anderen sind halt irgendwie falsch, sind irgendwie „linksgrünversifft“ oder „woke“, jedenfalls nicht das echte, das richtige, das wahre Volk. Und das ist eine sehr effektive Möglichkeit, um sich der Zumutung zu entledigen, Meinungen anderer Menschen, andere Ansichten, andere Lebensweisen auszuhalten.

„Zum Wir gehört nur, wer genau so ist wie ich“ schreiben Sie: Dann wird eigentlich aus diesem politischen Problem ein soziales Problem?

Das hängt sehr eng zusammen. Man kann das Soziale und das Politische meiner Meinung nach nicht voneinander trennen, weil das politische erstmal ein soziales Miteinander voraussetzt, auf dem ich dann die politische Gemeinschaft aufbauen kann. Deswegen muss man nicht nur über die anspruchsvolle demokratische Gemeinschaft reden. Das ist schwierig genug bei der Frage, wer dazugehört: Wer darf wählen, wer wird eingebürgert, wer wird nicht eingebürgert. Darunter aber liegt eine Ebene, die meiner Meinung nach zu sehr aus dem Blick geraten ist: Wie begegnen wir uns überhaupt? In welcher Form begreifen wir uns auch als soziale Gemeinschaft auf einer ganz elementaren menschlichen Ebene?

Ein spannender Gedanke bei Ihnen, dass öffentliche Parks, Freibäder, Sie nennen auch die Trinkhallen im Ruhrgebiet, echt wichtig sind für das Gelingen der Demokratie.

Das sind eben Orte, an denen man sich ganz niedrigschwellig begegnet und an denen man mit Menschen konfrontiert ist, die man sonst vielleicht im Alltag nicht zu seinem näheren Umkreis oder zu seinem beruflichen Umfeld zählt. Aber genau da setzt Demokratie an, dass ich sehe, okay, es gibt diese Menschen, die sind genauso da wie ich. Sie haben genau wie ich eine Stimme und genau dieselbe Berechtigung, mitzumachen in der Demokratie. Und weil wir diese Begegnungsorte häufig nicht mehr haben, weil wir sehr in speziellen Universen unterwegs sind, ist es umso wichtiger, dieses Bewusstsein wirklich ganz, ganz plastisch zu schaffen, dass die anderen Menschen genauso da sind wie ich und ich mit Ihnen in einer Gemeinschaft lebe.

Folgt daraus eine politische Forderung, im Namen der Demokratiestärkung nicht nur Bildungsprojekte zu fördern, sondern zum Beispiel auch die Trinkhalle um die Ecke?

Die Trinkhallenkultur im Ruhrgebiet ist jüngst in NRW ausgezeichnet worden als immaterielles Kulturerbe. Ich finde, das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Nicht um die Bildungsarbeit sein zu lassen. Aber klassische Bildungsarbeit ist eben nur ein Baustein in der Demokratiepoltik, und Räume des Wahrnehmens und des Begegnens zu schaffen, sollte meiner Meinung nach noch stärker in die Demokratiepoltik integriert werden. ✕



Prof. Dr. Sophie Schönberger habilitierte sich mit einer Arbeit zum Thema „Öffentliches Kulturrecht. Materielle und immaterielle Kulturwerke zwischen Schutz, Förderung und Wertschöpfung“. Seit dem Wintersemester 2018/19 ist sie Inhaberin des Lehrstuhls Öffentliches Recht, Kunst- und Kulturrecht an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Ihr Buch „Zumutung Demokratie“ erschien 2023 bei C. H. Beck.

Deutschlandfunk Kultur, Studio 9
GEMEINSCHAFTEN – GELEBTE DEMOKRATIE IM KLEINEN



„DA SOLLTEN MEHR LEUTE MITENTSCHEIDEN.“

Beim Kondomhersteller Einhorn bestimmen die Mitarbeitenden mit. Die klassische Definition von Chef oder Chefin missfiel ihm und seinem Mitgründer, erzählt Philip Siefer. Sie setzen darauf, dass alle im Unternehmen ihre Kompetenzen einbringen können.

Arbeiten ohne Chef

Guten Morgen Herr Siefer, Sie haben die Firma zusammen mit Waldemar Zeiler 2015 gegründet und sind auch beide noch dabei. Das ist Ihr Kind. Das war Ihre Idee. Aber keiner von Ihnen ist Chef. Warum denn nicht?

Na ja, also diese klassische Definition von Chef oder Chefin, die beinhaltet, dass einem alles gehört, dass man am meisten profitiert und dass man den Leuten sagt, was sie zu tun haben. Das hat uns missfallen. Da haben wir gesagt, das ist für eine pluralistische Gesellschaft auch eine komische Leitungsform. Da sollten mehr Leute mitentscheiden.

Wenn Sie jetzt direkt den Vergleich mit der Demokratie im Großen machen, ist das sehr schön, denn das ist ja unser Thema. Hier in der Bundesrepublik gibt es zum Beispiel ein ganzes Parlament und es gibt mehrere Ministerinnen, aber es gibt nur einen Kanzler. Sind Sie beide dann sozusagen die Kanzler der Firma?

Nee, das würde ich nicht sagen. Eher Ministerpräsident oder Bundespräsident, vielleicht eher in der Richtung, aber, wenn man sich die Demokratie anguckt, dann sind das tatsächlich total intelligente Strukturen, dass es da so viele Hierarchieebenen gibt. Es gibt natürlich auch immer Sachen, die man vielleicht

anders machen könnte. Aber insgesamt ist das System ja relativ stabil. Jetzt hat unsere Firma nicht 80 Millionen Mitglieder oder Mitarbeitende. Deswegen ist das alles noch ein bisschen kleiner aufgestellt als in unserer Bundesrepublik. Aber natürlich ist das ein Vorbild für uns, wie sich so eine Art organische Organisation bildet und wie das funktioniert.

Wie ist es denn so bei den alltäglichen Sachen, die Mühe kosten, wo wir aber auch mitreden wollen, wie zum Beispiel bei Bewerbungsgesprächen: Entscheidet dann jeder, wer überhaupt eingeladen wird und vor allem auch am Ende, wer genommen wird?

Nee, das machen tatsächlich auch die Abteilungen selber, weil das ja auch die Leute sind, die dann miteinander arbeiten und klarkommen müssen.

Gibt es nicht auch juristische Grenzen? Im Handelsregister sind Sie doch noch Chef oder?

Ja, im Handelsregister sind wir beide noch eingetragen als Geschäftsführer, was ja nicht Chef bedeutet. Also da gibt es eine Art Rolle und Funktion. Und was wir natürlich so ein bisschen noch als unsere Verantwortung sehen, ist, dass das Unternehmen wirtschaftlich so erfolgreich ist, dass wir damit alle durchkommen. ✕

Deutschlandfunk,
Forum neue Musik

In der deutschen Nachkriegszeit

Getrieben von Jahreszahlen deutscher Geschichte – 1923, 1933, 1943, 1953 –, getrieben ebenso von der russischen Aggression in der Ukraine, befragte und kommentierte das Forum neuer Musik 2023 musikalische Zeugnisse aus jener Zeit. Was erzählen sie, was verschweigen sie? Was haben sie uns heute zu sagen?

Studierende der Musikhochschulen Hannover und Mannheim spiegelten das Jahrzehnt 1923–1933 in einem Liederprogramm. Die Frankfurter Oliver Augst

und Marcel Daemgen dekonstruierten Filmschlager und Lieder der 1930er- bis 1950er-Jahre. Olaf Reitz und das Essener E-MEX Ensemble verbanden scheinbar wirklich-

keitsferne Klavierwerke und Lieder mit Berichten aus einer bestürzenden gesellschaftlichen Realität. Im Auftrag des Deutschlandfunks schrieb der israelisch-deutsche Komponist Eres Holz eine bedrückende Ensemblemusik, die seelischen Folgen kriegsbedingter Gewalterfahrung nachspürte. Die künstlerischen Projekte wurden von musikjournalistischen Formaten flankiert. Zur Debatte standen Komponisten aus Hitlers „Gottbegnadeten-Liste“, Frauengestalten in Opern der Nachkriegszeit, Anfänge



Radiofestival im Deutschlandfunk

- 4. 11. 2023**
22.05 Uhr
Atelier neuer Musik
Vernichtung, Trauer, Traumata
bei Karl Amadeus Hartmann, Rudolf Mauersberger, Hans Werner Henze
Von Egbert Hiller
- 11. 11. 2023**
22.05 Uhr
Atelier neuer Musik
Wandlung der „Gottbegnadeten“
Ottmar Gerster, Karl Höller, Gottfried Müller
Von Klaus Gehrke
- 18. 11. 2023**
22.05 Uhr
Atelier neuer Musik
Retterin, Nutznießerin, Anklägerin
Frauengestalten in deutschen Nachkriegsoperen
Von Ingo Dorf Müller
- 25. 11. 2023**
22.05 Uhr
Atelier neuer Musik
Michaels andere Reisen
Karlheinz Stockhausen trifft Recha Freier
Von Georg Beck
- 26. 11. 2023**
21.05 Uhr
Konzertdokument
1923–1933: Tanz auf dem Vulkan
Eisler, Wolpe, von Schillings, Pfitzner u. a.
Lied-Duos der Musikhochschulen Hannover und Mannheim
Leitung: Jan Philip Schulze, Axel Bauni
- 26. 11. 2023**
22.05 Uhr
Konzertdokument
Davon geht die Welt nicht unter
Lieder und Schlager der Angepassten
Oliver Augst (Gesang), Marcel Daemgen (Elektronik), Sophie Agnel (Inside Piano), Jörg Fischer (Schlagzeug)
- 27. 11. 2023**
21.05 Uhr
Musik-Panorama
Auf der Suche nach Normalität
Musikalisch-literarischer Abend mit
Olaf Reitz, Amira Elmadfa, E-MEX Ensemble
Leitung: Christoph Maria Wagner
- 28. 11. 2023**
22.05 Uhr
Musikszene
Vision vom neuen Menschen
Musikpolitische Entwürfe der frühen DDR
Von Gisela Nauck

Das Forum neuer Musik digital
deutschlandfunk.de/forum-neuer-musik

kompositorischer Reflexion von Vernichtung und Trauma, kulturpolitische Visionen in der Frühzeit der DDR. Ein besonderer Beitrag erinnerte an die Begegnung des jungen Karlheinz Stockhausen mit der Holocaust-Überlebenden Recha Freier.

Das Forum 2023 als Ganzes wurde von der Kunststiftung NRW gefördert und quer durch den Monat November als Radio-Festival ausgestrahlt: im Programm des Deutschlandfunks sowie online. Die Abende mit Eres Holz und dem E-MEX Ensemble sowie Augst & Daemgen liefen im Deutschlandfunk Kammermusiksaal als Publikumsveranstaltungen. ✕

Frank Kämpfer, Redakteur beim Deutschlandfunk und Festivalleiter





„DEMOKRATIE IST DIE KUNST DES KOMPROMISSES.“

Ein Orchester ohne Dirigenten? Kann es das geben? Ja, denn die Bürgersinfonie in Berlin kommt seit zehn Jahren ohne einen solchen aus. Der Posaunist Martin Majewski hat diese Sinfonie vor zehn Jahren gegründet.

Ein Orchester ohne Dirigent

War es denn einfach, Mitstreiter zu finden oder hatten Sie sofort ganz viele Kolleginnen und Kollegen, die sagten, absolut richtig, ich möchte auch mal ohne Dirigenten?

Oh, da waren viele erst mal misstrauisch. Es gab schon Skeptiker. Manche haben gesagt, du bist doch verrückt, wie soll das funktionieren?

Ich möchte mal mit dem Vergleich zum Schiff anfangen. Da wird ja jeder sagen, ein Schiff kann ja nicht sicher fahren ohne Kapitän. Warum ist Ihr Orchester noch nicht untergegangen?

Nun, die Mannschaft versteht sich wunderbar. Wir finden immer einen gemeinsamen Kurs und navigieren den Kahn sehr erfolgreich und sicher seit zehn Jahren.

Sie haben vor diesen zehn Jahren, also bevor Sie das Orchester gegründet haben, ja schon als Musiker gearbeitet für normale Orchester, also mit Dirigenten. War das auch der Auslöser? Hat Ihnen daran etwas nicht gefallen?

Ich habe lange im Orchester gespielt und habe dann gerade als Posaunist gemerkt, dass meine individuellen Gestaltungsmöglichkeiten sich auf die wenigen Töne, die ich oft nur zu spielen habe, beschränken. Und da habe ich gedacht, es wäre schön, wenn ich mehr gestalten könnte, wenn ich mehr den Prozess mitbestimmen könnte. Da bin ich aufmerksam geworden auf das *First Chamber Orchestra* aus New York. Die spielen seit über 50 Jahren und machen sinfonische Musik zu den Spielregeln der Kammermusik. Das hat mich fasziniert.

Aber was heißt denn gemeinsam? Nehmen wir mal ein ganz einfaches Beispiel: Sie haben ein neues Stück. Sie üben das. Und so ein Dirigent legt ja neben ganz anderen Dingen prinzipiell auch Sachen fest, wie in welchem Tempo das gespielt werden soll, in welcher Lautstärke und vieles andere. Was ist denn, wenn dann bei Ihnen keine Einigkeit herrscht?

Das ist ja ganz normal. Es gibt immer verschiedene Ideen, verschiedene Ansichten in der Musik wie in der Gesellschaft. Und man muss schauen, wie man irgendwo einen Konsens findet. Also Demokratie ist die Kunst des Kompromisses. Wir machen das so, dass erst mal eine kleine Gruppe oder ein Team eine erste Idee entwickelt für einen Sinfoniesatz und dieses Konzept kurz vorstellt. Dann wird das ausprobiert und danach die Diskussion eröffnet. Das heißt, dieses Modell, was sie schon mal erarbeitet haben, ist nur die erste Diskussionsgrundlage und die kollektive Interpretation entsteht dann im Diskurs. Es ist erstaunlich, wie sich die Dinge dann meistens ganz anders entwickeln. Und ich genieße das sehr, wenn ich sehe, okay, die anderen Ideen sind ja viel besser als meine eigenen. ✕

Deutschlandfunk, Hintergrund

Definiere Demokratie ... in fünf Sendungen

1

Die Macht von Fachpolitikerinnen und -politikern im Bundestag

736 Abgeordnete sitzen im deutschen Bundestag. Doch bei den ganz großen Fragen bestimmen längst nicht alle mit. Wie viel Einfluss also haben die einzelnen Abgeordneten? Fachpolitiker, die häufig tief in den Themen drinstecken, die man öffentlich aber kaum kennt. Wie nehmen sie Einfluss auf Gesetzentwürfe und verhandeln sie im Bundestag? Und: Welche Rolle spielt Führung in der parlamentarischen Demokratie?

Warum Minderheitenschutz dazu gehört

Die Demokratie verspricht, nicht nur auf die Mehrheit zu hören, sondern auch, die Minderheiten zu schützen. Warum ist das so? Wie funktioniert dieser Minderheitenschutz in Deutschland? Aus welchen

Grundrechten leitet er sich ab? Und: Warum triggert das Thema derart? Denn solange es um Oppositionsrechte geht, gibt es für Minderheitenschutz breite gesellschaftliche Akzeptanz, aber sobald es um den Schutz der LGBTIQ-Community oder Sinti und Roma geht, wird das Thema zum gesellschaftlichen Aufreger. Mit einem Auftritt von Korrespondentin Gudula Geuther aus dem Hauptstadtstudio.

Woher kommt die Unzufriedenheit?

Über 90 Prozent der Menschen in Deutschland wollen in einer Demokratie leben, aber mit dem aktuellen Zustand der Demokratie ist nur etwas mehr als die Hälfte der Menschen zufrieden. Wie erklärt sich diese Lücke? Ist sie auf Unzufriedenheit mit der Tagespolitik zurückzuführen oder geht es um mehr, geht es um das System? Und: Ab wann wird die Unzufriedenheit für die Demokratie gefährlich? Wir fragen nach in dem Bundesland, in dem die Unzufriedenheit am größten ist – in Sachsen-Anhalt. In Kooperation mit Landeskorrespondent Niklas Ottersbach.



Über Demokratie wird viel geredet, aber wie viel wissen wir eigentlich über die Basics, die Grundlagen? Welche Formen von Demokratie gibt es? Welche leben wir in Deutschland? In fünf Folgen „Definiere Demokratie“ hat Deutschlandfunk fünf Fragen gestellt und Antworten gesucht.

4

Von Volksabstimmungen und Bürgerräten

Drei Viertel der Menschen in Deutschland stimmen der Aussage zu: „Leute wie ich haben keinen Einfluss auf die Politik.“ Für die Demokratie ist das ein Alarmsignal. Wie kann Demokratie so weiterentwickelt werden, dass sich mehr Menschen mitgenommen fühlen? Ein mögliches Update könnten Bürgerräte sein, die ab Ende September auf Bundesebene ausprobiert werden, in Baden-Württemberg aber schon lange dazu gehören. In Kooperation mit Landeskorrespondentin Katharina Thoms.



Was die Verfassungsbeschwerde bringt

Die Verfassungsbeschwerde ist ein besonderes Instrument in der deutschen Demokratie, weil sie den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, sich direkt beim Bundesverfassungsgericht zu beschweren. Warum geht das in Deutschland? Wie groß sind die Erfolgschancen? Und vor allem: Wie fühlt sich das an, wenn man als Bürger dazu beigetragen hat, dass ein Gesetz kippt? Wenn das Bundesverfassungsgericht einem also persönlich bescheinigt, dass der Gesetzgeber Unrecht getan hat. ✕

Ursula Welter und Anne Raith,
Abteilungsleiterinnen Hintergrund

5

Oben: Schild auf einem Grundstück in Vockerode, Sachsen-Anhalt, 2016. Unten: Logo am Haus des selbst ernannten Königs von Deutschland in Lutherstadt Wittenberg.

Deutschlandfunk, Hintergrund,
Definiere Demokratie

„Woher die Unzufriedenheit kommt?“

In Deutschland wollen Erhebungen zufolge fast alle in einer Demokratie leben. Doch zufrieden mit dem derzeitigen Zustand zeigt sich nur etwas mehr als die Hälfte der Befragten. Woran liegt das – und ab wann wird es gefährlich? Eine Spurensuche in Sachsen-Anhalt.

Ein Landrat stellt sich den Unzufriedenen

Wenn Landrat Götz Ulrich in sein Heimatdorf im Burgenlandkreis in Sachsen-Anhalt fährt, dann hört der CDU-Politiker an der Supermarktkasse schon mal diesen Satz: „Für diesen Staat mache ich keinen Finger mehr krumm.“ Ein Alarmsignal für die Demokratie. Der CDU-Politiker sitzt im Landratsamt Naumburg. Gleich kommen Projektleiter aus dem Bildungs- und Kulturbereich vorbei und planen, wie man demokratische Teilhabe erleichtern kann. Konkret geht es um das Ehrenamt, das

mit zahlreichen Vergünstigungen schmackhafter gemacht werden soll. Oder etwas staatstragender formuliert: Der Burgenlandkreis möchte die Demokratie im Kleinen stärken. Indem diejenigen sichtbar gemacht werden, die sich für die Demokratie ein-

setzen. Aber erstmal erzählt Götz Ulrich von der Welt um ihn herum im Süden Sachsen-Anhalts. Die Unzufriedenheit der Bürger beginnt beim fehlenden Gärtner im Dorf und mündet im Thema Migration. Schließlich hat die Region zwischen Halle, Leipzig und Jena überdurchschnittlich viele Flüchtlinge aufgenommen. „Wir haben den höchsten Anteil von ausländischen Arbeitskräften in ganz Sachsen-Anhalt.“



Und im Gespräch mit den Bürgern vor Ort versucht Landrat Ulrich, die Menschen damit zu überzeugen, dass Migration in Arbeit doch ein Erfolgsmodell sei.

„Ohne Ausländer würde dieser oder jener Landgasthof auch noch schließen.“ Der Burgenlandkreis, das ist eine Landschaft, die mit seinen Weinbergen in der Saale-Unstrut-Region an die Toskana erinnert. Es ist ein Landstrich, der wie viele ländliche Gegenden in Ostdeutschland stark von Abwanderung geprägt ist. Bei der letzten Bundestagswahl hat die AfD hier mehr Zweitstimmen bekommen als die CDU. „Es sind die großen Themen, die die Menschen hier umtreiben: Klima, Energie, Zuwanderung, Asyl“, sagt Landrat Ulrich. Er glaubt nicht, dass die Unzufriedenheit plötzlich stark gestiegen sei, vielmehr sei sie latent schon lange da.

Erschöpft von der Transformation

Abwanderung, die Bewältigung der Arbeitslosigkeit in den 1990er-Jahren, die teilweise mit einer Entwertung der DDR-Biografien einherging: Die aktuellen Krisen treffen in Ostdeutschland auf eine von Transformationen erschöpfte Gesellschaft. Diese Unzufriedenheit tritt anders als früher offen zutage. Und zwar in Form von Verteilungskonflikten, von denen sich Rentner Karlheinz bedroht fühlt. Der 77-Jährige lebt in Weißenfels, einer Kleinstadt an der Saale mit einem Schlachthof als größtem Arbeitgeber.

Mit vielen südosteuropäischen Leiharbeitern, Geflüchteten aus aller Welt und zuletzt aus der Ukraine. Karlheinz hat 25 Jahre als Krankentransporter gearbeitet. Seine Rente? 800 Euro im Monat. „Ganz zufrieden bin ich nicht. Was mich stört an der Demokratie ist das Ungerechte. Ich sag’s ungern, aber ich sag es trotzdem: Den Ausländern stecken sie es hinten rein und uns belasten sie.“

Es sind nicht nur die finanziell Benachteiligten, die auf Ausländer schimpfen. Es seien auch die gut Betuchten, sagt Katrin, 60 Jahre alt, Sporttherapeutin, die inzwischen in Nürnberg lebt. Sie kommt ursprünglich aus Weißenfels und ist 1989 in den Westen gegangen. Zurück in der alten Heimat trifft sie auf weit verbreitete Unzufriedenheit:

„Das sind Leute, die Häuser haben, Mieteinnahmen, zweimal im Jahr in den Urlaub fliegen. Und schimpfen auf die Ausländer in der Nordstadt. Wo ich dann auch frage: Was nehmen die euch denn weg? Es zerreißt Freundschaften, tatsächlich.“

Es gibt Einstellungsstudien, die diese Haltung inzwischen auch mit Zahlen belegen können. Im aktuellen „Sachsen-Anhalt Monitor“ wird die Frage nach der politischen Lösungskompetenz gestellt. Auf Platz 1 beim Thema Migration ist mittlerweile die AfD. Und das Vertrauen in das

Funktionieren der Demokratie liegt zumindest in Sachsen-Anhalt auf einem Tiefpunkt: Gerade mal 36 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, dass die Demokratie gut funktioniert. In ganz Deutschland stimmt immerhin die Hälfte dieser Aussage zu. Sozialpsychologe Oliver Decker von der Uni Leipzig forscht seit über 20 Jahren zu politischen Einstellungen. Auch er misst in seinen Autoritarismus-Studien, wie sich das Verhältnis der Bevölkerung zur Demokratie verändert. Und er findet auch überraschende, teils widersprüchliche Entwicklungen vor.

„Im Zeitverlauf von 20 Jahren ist die Zufriedenheit mit der Demokratie als Staatsform sogar etwas gestiegen. Vor allem in Ostdeutschland.“

Trotzdem sieht der Leipziger Sozialpsychologe eine handfeste Problemanzeige. Und die manifestiere sich in einem politischen Ohnmachtsgefühl. Nicht nur im Osten, sondern in ganz Deutschland. Mehr als 75 Prozent stimmen der Aussage zu: „Leute wie ich haben keinen Einfluss auf die Politik.“ Und da, sagt Decker, sei tatsächlich etwas dran: „Bei der Teilhabe in der Bundesrepublik gibt es noch sehr viel Luft nach oben. Bestimmte Gruppen sind nicht repräsentiert.“

Das betrifft nicht nur die Zusammensetzung der Parlamente. Es geht auch darum, wer Einfluss auf die Parlamentarier nehmen kann. Ein gut vernetzter Unternehmer hat es leichter, zu seinem Abge-

ordneten durchzudringen als ein Rentner. Der Zugang zu Politik ist in Deutschland also ungleich verteilt. Aber das erklärt nicht, warum Menschen, die sehr wohl politisch vertreten werden, sich ebenfalls ohnmächtig fühlen. Es sei das Nichtaushalten von Konflikten, die aber Wesenskern der Demokratie seien, so Decker. „Das heißt, die Unzufriedenheit mit der Demokratie mündet eigentlich eher in einen Wunsch nach weniger demokratischer Teilhabe, und es besteht eher der Wunsch, einer homogenen Gruppe anzugehören in einem homogenen Staat, in dem eine Aushandlung vielleicht gar nicht notwendig ist.“

Wenn man das hört, errahnt man, warum die AfD mit ihrem Kurs punktet. Sie verspricht etwas, was viele sich wünschen, aber in der Demokratie nicht finden: eine homogene Bevölkerung mit wenig Konflikten. Und eine Politik, die das, was zu tun ist, in die Hand nimmt. Dass es so in der Demokratie nicht läuft, müsse eine Gesellschaft erst lernen, sagt Decker. Und – nun ja – die Deutschen lernen eher langsam.

Zurück bei Landrat Götz Ulrich in Naumburg. Ein Versäumnis der aktuellen Politik sieht er darin, dass angesichts der multiplen Krisen die Bundesregierung eine glaubhafte Erzählung darbieten müsste, wie der Umbau der Wirtschaft und die Erhaltung des Wohlstands gelingen kann. „Und zwar so, dass der kleine Mann oder die kleine Frau vor Ort diese Erzählung auch verstehen kann.“ ✕

Deutschlandfunk Kultur, Studio 9
GEMEINSCHAFTEN – GELEBTE DEMOKRATIE IM KLEINEN



**„IM WESENTLICHEN DARF
 JEDER UND JEDE
 MACHEN, WAS ER ODER
 SIE WILL“**

*Eva Stützel war vor gut 30 Jahren eine der Begründerinnen
 des Ökodorfs „Sieben Linden“ in der Altmark in Sachsen-Anhalt
 und lebt seit drei Jahrzehnten genau dort.*

Sieben Linden

Das Ökodorf in Sachsen-Anhalt

Was macht denn die Gemeinschaft in Ihrem Dorf aus?

Das Wichtigste, was unseren Alltag prägt, ist auf jeden Fall, dass wir mit allen Menschen hier eine gemeinsame Haushaltskasse haben und jeden Tag zusammen essen können. Also es wird immer Mittagessen und Abendessen für uns gekocht bzw. wir kochen da natürlich mit. Und das ist ein ganz wichtiger Treffpunkt im Dorf.

Darf denn in Ihrem Dorf jeder und jede machen, was er oder sie will, solange es nur ökologisch ist?

Ja, im Wesentlichen darf jeder und jeder machen, was er oder sie will. Wir haben ein paar Regeln hier verabredet. Diese Regeln wissen die Leute, bevor sie hierherkommen.

Wie gehen Sie denn mit Konflikten um?

Ja, der größte Konflikt in unserer Geschichte war die Tierhaltung. Konflikt, weil Veganer auf keinen Fall wollten, dass wir hier Tiere halten, die auch getötet werden und deren tierische Produkte gegessen

werden und andere Menschen eben auch ab und zu mal ein Stück Biofleisch essen wollten. Da haben wir sehr lange dran gerungen und im Endeffekt sind wir nach einer Woche mit externer Supervision zu dem Schluss gekommen, dass wir hier aus Rücksicht auf die vegan lebenden Menschen und weil uns Vielfalt wichtig ist, in „Sieben Linden“ keine Tiere halten, die getötet werden. Aber deswegen laufen trotzdem Hühner hier rum, weil man ja durchaus Hühner halten kann, ohne sie zu töten, aber man darf die Eier essen und wir dürfen Tiere halten.

Funktionieren denn Mehrheits- entscheidungen?

Dass man mit einer minimalen Mehrheit eine Minderheit überstimmen kann. Das ist uns ganz wichtig im Finden von Beschlüssen. Davor versuchen wir aber, möglichst alle Stimmen zu hören und auch immer die Qualität zu sehen, die in den Einsprüchen liegt. Weil häufig liegt da eine Qualität drin. ✕

Dieter Kassel, freier Redakteur, Deutschlandfunk Kultur

Deutschlandfunk, Kulturfragen

Die wehrhafte Demokratie *gestern und heute*

„Ich liebe Deutschland!“, erklärt Marina Weisband und fügt hinzu: „Ich bin nach Deutschland geflohen, aus der Ukraine, und es hat mich sehr warm empfangen, und es hat so viel Gutes und so viel Potenzial!“ Doch die Demokratie sei nicht mehr lebendig, Deutschland zu sehr ins Verwalten gekommen, zu viele Menschen fühlten sich nicht beteiligt.

Demgegenüber will Marina Weisband einen Gedanken stark machen: „Die Demokratie bin ich. Egal, ob ich Schülerin bin oder

Rentnerin oder Pflegekraft oder arbeitslos, Vater oder Mutter: Ich bin das, was diese Gesellschaft ausmacht, ein unverzichtbarer Teil von ihr. Wenn wir das den Leuten nicht nur beibringen könnten, sondern auch die Gesellschaft so gestalten, dass es die Wahrheit wäre – dann würde Populismus an dieser Gesellschaft völlig abprallen. Denn wer braucht schon einen starken Onkel, wenn ich selbst jeden Tag dazu beitrage, mich und meine Mitmenschen aktiv glücklicher zu machen?!“

Andere Meinungen aushalten

„Klar macht Partizipation Arbeit und dauert auch länger“, sagt Elisabeth Niejahr, Geschäftsführerin der Hertie-Stiftung im Bereich „Demokratie stärken.“ Die Forschung zeige aber, dass gut gemachte Bürgerbeteiligung und gut moderierte demokratische Prozesse für Stabilität sorgen, weil die Akzeptanz politischer Entscheidungen dann auch größer ist. Die Hertie-Stiftung hat vor über zwanzig Jahren den Wettbewerb „Jugend debattiert“ gegründet, der jedes Jahr an 1.600 deutschen Schulen stattfindet und wichtige Demokratie-Kompetenzen vermittelt: andere Meinungen aushalten; gut zuhören; Frustrationstoleranz entwickeln, wenn man sich mit der eigenen Meinung mal nicht

durchsetzt; Mehrheiten akzeptieren; das bessere Argument liefern; vor allem: lernen, Meinungsverschiedenheiten nicht über Gewalt zu lösen. Workshops zum guten Streiten oder zur digitalen Debatten-Kultur sollen Menschen befähigen, gegen Hassrede oder Verschwörungserzählungen auch im Netz zu argumentieren. Mit „lunch and learn“-Formaten werden dabei auch Leute erreicht, die nicht digital affin sind, oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter größerer Konzerne oder Organisationen.

Demokratien stehen heute von innen und außen unter Druck. Feinde der offenen Gesellschaft gewinnen an Boden, autoritäre Regime fühlen sich stärker denn je. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine: vor zwei Jahren noch undenkbar, heute eine andauernde Realität. „Auch hier geht es um die Durchsetzung, den Kampf um die Demokratie gegen ihre Feinde, notfalls auch mit Waffengewalt“, sagt der Historiker Jan Claas Behrends. In



der deutschen Politik vermisst er ebendiese Priorität: Vornehmstes Ziel des Staates und seiner Politikerinnen sei nämlich, die Bürgerinnen und Bürger vor inneren und äußeren Feinden zu schützen – und nicht, sich neue

Sozialleistungen auszudenken. – Eine sich dramatisch verschlechternde wirtschaftliche Lage war allerdings zu Beginn des 20. Jahrhunderts auch ein Faktor, der die junge Demokratie ins Straucheln brachte. Das Konzept der „wehrhaften Demokratie“ entstand ja als Reaktion auf das Scheitern der Weimarer Republik und die Machtergreifung Hitlers.

„Nicht zuletzt seit 1933 wissen wir: Es gibt keinen verbürgten Anspruch auf eine gefestigte Demokratie oder stabile Institutionen. Demokratie und Freiheit sind eben keine Selbstverständlichkeiten, sie müssen erkämpft und verteidigt werden“, sagt Jan Claas Behrends. Nach dem Zweiten Weltkrieg schuf man

deshalb in Deutschland starke Institutionen in einem föderalen Staat mit Gewaltenteilung und einem starken Bundesverfassungsgericht. So verteilte man die Macht auf viele Ebenen.

***In der Weimarer Republik, in der
Demokratiesskepsis ja weit verbreitet war,
kursierte auch schon der
Begriff „militante Demokratie“.***

Was heute vielleicht irritierend oder anstößig klingt, haben zwei liberale Denker vorgedacht, um für eine „wehrbereite Demokratie“ angesichts größter innenpolitischer Anfeindungen zu werben. Moritz Julius Bonn und Karl Löwenstein waren kosmopolitische liberale Denker jüdischer Abstammung, die beide ins Exil gehen mussten und den Begriff „militant democracy“ 1937 in einen Buchtitel gossen. Die Weimarer Republik hatte das Krisenbewusstsein der beiden geprägt. Und so reifte die Erkenntnis, so Kulturhistoriker Jens Hacke, „dass die Demokratie gegen Rückschritte gefeit sein muss; dass erreichte Freiheitsgewinne verteidigt werden müssen und der demokratische Staat für seine eigene Identität sorgen muss.“

Jugendliche in sozialen Medien stärken

Die Feinde der Demokratie arbeiten mit Emotionen, mit Ausgrenzung, Aggression und Wut. Mit welchen Waffen aber kann sich ein gewaltfrei gedachtes System eigentlich verteidigen – und wie wirksam ist das, angesichts immer effizienterer Manipulationsversuche? Auch in Deutschland nehmen rechtsextreme Strömungen zu, bis jetzt noch eine „laute Minderheit“, so Tahera Ameer, Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung, die aber sichtbarer geworden sei und besser organisiert. Mit Workshops für Jugendliche oder digital streetwork will die Stiftung engagierte Jugendliche stärken: Wie man sich in den sozialen Medien Gehör verschafft gegen rechts und klarmacht, dass auch in digitalen Räumen die Rechte und Würde jedes Einzelnen und von Minderheiten geschützt sind. „In der Demokratie müssen wir Dissonanzen aushalten, weil genau das uns am Ende die Freiheit gibt, dass wir sein können, was wir wollen.“ Der Wert der Demokratie messe sich daran, wie frei andere Menschen sein können. Davon profitierten ja wieder alle, so Tahera Ameer. Die schärfste Waffe der Demokratie sei, „dass



sie uns gewährleistet, dass alle frei nebeneinander und miteinander verschieden sein dürfen. Dass das auch gewährleistet ist für Minderheiten. Und dass wir alle daran mitwirken können und jede Person, die sich engagiert, auch einen Unterschied machen kann. Und deshalb glaube ich auch, dass die Demokratie wehrhaft bleiben wird.“

***Wird auch ChatGPT zum „Feind“
der Demokratie?***

Die Möglichkeiten der Manipulation in Nachrichten, Videos oder Social Media werden sicher noch größer, meint Elisabeth Niejahr. Sie sieht aber auch eine Gegenbewegung: „Viele Teile der liberalen Gesellschaften haben verstanden, was da passiert, versuchen mit Aufklärung, mit Ausbildungsprogrammen, mit Informationen im Schulunterricht dagegen zu wirken. Es ist aber ein Wettrennen mit der Zeit.“ ✕

Deutschlandfunk Kultur, Studio 9
GEMEINSCHAFTEN – GELEBTE DEMOKRATIE IM KLEINEN



„WIE KÖNNEN WIR DAS VON INNEN VERÄNDERN?“

Das Demokratiecäfé in München ist ein Ort, an dem Menschen zusammenkommen, um mitzumachen, mitzumischen in der Demokratie. Das Ganze findet statt im Rahmen eines Forschungsprojektes mit dem Titel „RePair Democracy“.

Demokratiecäfé in München

Schritte sein, wie man das selbst in die Hand nimmt? Oft wird ja dann gesagt, dass das die Stadt erledigen muss. Oder das muss irgendwie von außen kommen. Jetzt schauen wir eher: Wie können wir das von innen verändern?“

„Hallo, haben Sie das gerade mitbekommen? Es beginnt jetzt hier ein Demokratiecäfé!“ Der Soziologe Dr. Robert Jende wirbt um Teilnehmer an einem besonderen Projekt. „Ich sammle Wünsche von Menschen ein – was sie gerne anpacken wollen, was sie ändern wollen, wo der Schuh drückt.“

Masooda Fari aus Neuperlach deutet auf eine Wiese, über die Plastikabfall verstreut ist. „Besonders die Müllsachen. Jeden Tag, wenn ich vorbeikomme, ist überall viel Müll. Die lassen die Sachen einfach liegen, das finde ich gar nicht gut!“ Die 38-jährige Afghanin lebt seit fast zwei Jahrzehnten in Deutschland – und scheut sich nicht, die Umweltverschmutzer in ihrem Viertel zu ermahnen.

Jende, Soziologe an der Hochschule München, holt Stift und Zettel aus der Tasche und macht Notizen. Er sammelt weitere Bürgerinnen und Bürger, denen das Müllproblem in der Hochhaus-Siedlung Neuperlach ein Dorn im Auge ist. „Dann geht man gemeinsam an einen Tisch und vertieft noch mal das Anliegen: Woher kommt das? Wen betrifft das alles? Und überlegt sich: Was könnten

Jende ist Begründer der performativen Soziologie. Er will die Gesellschaft nicht nur analysieren, sondern gestalten. Zusammen mit Professor Gerald Beck von der Hochschule München betreut er das Forschungs-Projekt „RePair Democracy“, zu dem auch das Demokratiecäfé gehört. Demokratie reparieren bedeute, Menschen so zu vernetzen, dass sie selbst Probleme lösen können. Etwa 150 Menschen, sagt Jende, gehörten inzwischen zum Netzwerk Demokratiecäfé. ✕

Michael Watzke,
 Deutschlandradio-Landeskorrespondent Bayern

A person in a white shirt is carrying a large stack of boxes and bags in a warehouse. The stack is tall and heavy, reaching up to the person's head. The background shows shelves filled with boxes. The entire image has a yellow-green tint.

KAPITEL 2
**Wie kann das
gelingen?**

Deutschlandfunk Kultur, Politisches Feuilleton

Politik zu den Menschen bringen

Für viele ist es nicht selbstverständlich, dass Politik sie etwas angeht. Die Politologin Katharina Liesenberg findet: Diejenigen muss die Politik aktiv aufsuchen – und dafür auch mal an Haustüren klingeln. Denn in einer Demokratie zählt jede Stimme.

Ich möchte mit ein, zwei Fragen beginnen. Vielleicht dienen Sie Ihnen als Gesprächs-

anregung für den nächsten Smalltalk im Büro oder sie bringen Sie zum Nachdenken über den Zustand unserer Demokratie: Was hat Sie politisiert? Welche Rolle spielt Politik in Ihrem Alltag und warum?

Das Versprechen der Demokratie ist, dass alle Bürger:innen die Chance auf gleiche, effektive Teilhabe am politischen Prozess haben. Das ist es, was den Kern der Demokratie ausmacht. Der Glaube an dieses Versprechen findet sich bei den Protesten im Iran, bei den Aktivist:innen von Black Lives Matter oder historisch in der Arbeiter- und Frauenbewegung. Doch was, wenn viele Menschen sich gar nicht am politischen Prozess beteiligen? Das wäre dann nicht schlimm, wenn die Entscheidung, sich seiner Stimme zu enthalten, aus freien Stücken getroffen wurde. Demokratie bedeutet auch, dass man nicht politisiert sein muss. Die politikwissenschaftliche Forschung lehrt uns jedoch, dass es

so einfach nicht ist. Wie und ob Menschen sich am politischen Prozess beteiligen, hängt davon ab, wie hoch ihr Einkommen und ihr formaler Bildungsstand sind. Es sind vor allem gutverdienende Akademiker:innen, die ihre Stimme nutzen.

Geringe Wahlbeteiligung

Bei der letzten Bundestagswahl lag die Wahlbeteiligung bei nur 76 Prozent. Bei den Landtags- und Kommunalwahlen liegen die Werte meist noch deutlich niedriger. Das ist nicht nur ein Problem, weil es darauf hindeutet, dass viele Menschen sich nicht als Souverän begreifen. Blickt man auf die Gesetzgebung der Parlamente, wird eine weitere Verzerrung deutlich: Die eingeschränkte Beteiligung hat zur Folge, dass sich in der Gesetzgebung nur die Präferenzen derjenigen abbilden, die sich aktiv beteiligen. Kurzum: Wer nicht wählt, dessen Interessen werden auch nicht vertreten. Sich nicht beteiligen: Das liegt meist an hohen Hürden, an unverständlichen Strukturen und wenig Zeit und Wissen über Politik. Das Versprechen der Demokratie lässt sich nicht für alle Menschen gleich gut verwirklichen.

Zugang zu Politik erleichtern

Was also tun? Zugänge erleichtern und die Politik zu den Menschen bringen!



Katharina Liesenberg, lehrt und forscht zu Demokratietheorie und sozialer Ungleichheit. Sie ist Gründerin der Vereine „Es geht LOS“ und „mehr als wählen“, die aufsuchende, zufallsbasierte Beteiligungsformate durchführen. Zuletzt erschien von ihr und Linus Strothmann „Wir holen euch ab“ (Oekom 2022).

Statt immer wieder die üblichen Verdächtigen bei politischen Veranstaltungen zu erreichen, muss Demokratie in die Vororte, in Vereine, Schulen und Kindergärten. Aufsuchende Beteiligung nennt sich das, und beginnt meist beim Klingeln an einer Haustür. Ich stand in meinem Leben schon an vielen fremden Türen, vor Wohnblocks mit 100 Klingelschildern oder vor Reihenhäusern, war in Jugendzentren oder Moscheen. Dort stelle ich ähnliche Fragen wie zu Beginn dieses Beitrags. Welche Rolle spielt Politik in Ihrem Alltag? Wenn Sie einen Tag Bundeskanzlerin wären, was würden Sie ändern?

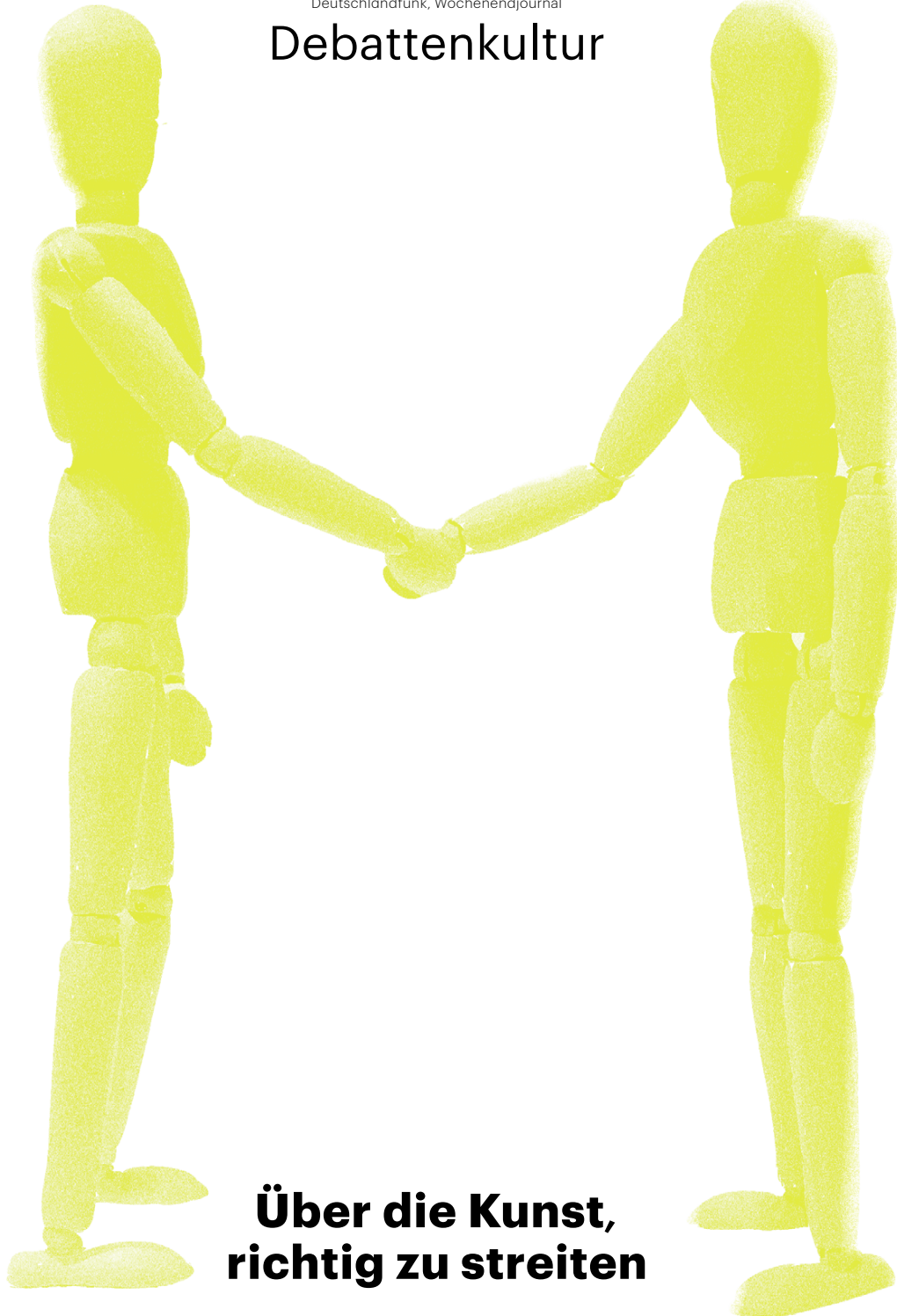
Das Versprechen der Demokratie muss für alle gelten. Indem Menschen aufgesucht werden und so ihre Meinung niedrigschwellig mitteilen können, erfahren sie, dass sie ein relevanter Bestandteil von Demokratie sind. Für viele Menschen ist es nicht selbstverständlich, dass ihre Perspektive wichtig ist und Politik sie etwas angeht. Aufsuchen ist ein Weg, solchen Stimmen, die quasi nie gehört werden, mehr Lautstärke zu geben. Es baut Hürden ab und macht Politik auch im Alltag erfahrbar. Stellen Sie sich vor, Politiker:innen kommen Sie regelmäßig besuchen und an Ihrem Arbeitsplatz gibt es einmal die Woche eine Stunde Zeit für Demokratie. Damit es in zehn Jahren

auf die Eingangsfrage heißt: In meiner Firma kann ich mitgestalten. An meiner Haustür und in meinem Sportverein kommen regelmäßig Politiker:innen vorbei und fragen nach, wie ich die Dinge sehe. ✕



Deutschlandfunk, Wochenendjournal

Debattenkultur



**Über die Kunst,
richtig zu streiten**

Vor einem halben Jahr habe ich mich im Kölner Landgericht verlaufen. Sie müssen wissen, das ist ein riesiger ziemlich unübersichtlicher Komplex im Süden der Stadt. Und als ich da durch die Gänge geirrt bin, dachte ich mir: Schon toll, dass wir so große Gebäude bauen, um mit Streit und Konflikten umzugehen.



Und dabei sind Gerichte nicht die einzigen Orte, an denen wir aufgefordert werden, gut und zivilisiert zu streiten. Wir lernen das bereits in der Schule, notfalls bei der Mediation. Denn richtig streiten zu können – trotz aller Emotionen sachlich und mit Respekt vor dem Gegenüber – ist auch wichtig für eine Gesellschaft. Gerade in Zeiten, in denen sich viel ändert, Menschen mit vielen Unsicherheiten umgehen müssen und ganz unterschiedliche Vorstellungen aufeinanderprallen, wie sich Probleme lösen lassen. Diese Orte, an denen „guter Streit“ erwartet und vermittelt wird, will ich für das Wochenendjournal besuchen und beginne im Düsseldorfer Landtag.

Ein Parlament wie der Landtag von Nordrhein-Westfalen ist die Bühne für den politischen Streit. Die Abgeordneten ringen um politische Konzepte, sie debattieren

auch kontrovers über Lösungen für Probleme in ihrem Bundesland. Der Streit kann hart in der Sache geführt werden, der politische Gegner wird scharf kritisiert, manchmal wird es persönlich.

Hinter den Rednern im runden Plenarsaal thront etwas erhöht der Landtagspräsident. André Kuper leitet die Sitzung, achtet auf Redezeiten, schreitet ein, wenn die verbalen Auseinandersetzungen zu heftig werden, spricht Ordnungsrufe aus, wenn die Debatte aus dem Ruder läuft. In einer Pause hat Kuper Zeit für ein Gespräch.

Felicitas Boeselager: Herr Kuper, als Landtagspräsident, streiten Sie gerne?

André Kuper: „Also ich streite mich nur dann, wenn es nötig ist. Streit gehört zu einer Demokratie und einem Parlament dazu. Das heißt, die Bürgerinnen und Bürger werden Demokratie und insbesondere parlamentarische Demokratie auf Dauer nur dann akzeptieren, wenn sie das Gefühl haben, dass das, was draußen im privaten Umfeld stattfindet – und da ist Streit auch tagtäglich an der Tagesordnung – wenn also die unterschiedlichen Meinungen, die es draußen gibt, auch hier ins Parlament reinkommen.“

Wie würden Sie denn die Debattenkultur im Parlament beschreiben?

André Kuper: „Also der Streit hat natürlich zugenommen, das hängt auch damit zusammen, dass Streit und Debatte auch im privaten Umfeld zugenommen haben. Wir haben hier aber einen Vorteil: Bei uns findet der Streit unter der Beachtung von Regeln statt. Das heißt, wir haben uns – ich nenne sie mal – Spielregeln gegeben im Landtag, also die Geschäftsordnung. Da gibt es Grenzen. Also Beleidigungen oder Verwendung von strafrelevanten Wortbegriffen, völkischer Sprachgebrauch, all diese Dinge sind nicht erlaubt.“

Schulen sind – im Gegensatz zu Parlamenten – eigentlich nicht dafür da, um zu streiten.

Hier geht es um Bildung. Trotzdem gibt es auf jedem Schulhof Streit, kleine Auseinandersetzungen, manchmal Raufereien. Immer mehr Schulen reagieren darauf mit Streitschlichtern. Das sind keine Erwachsenen, sondern Kinder und Jugendliche. Am Burggymnasium in Essen gibt es eine Streitschlichter-AG. Die Schülerinnen erzählen, warum sie Streitschlichter geworden sind: „Also wir möchten den Kindern helfen, ihren Streit zu schlichten und wir finden es auch interessant, wie andere so denken, wenn die streiten und so.“



Wenn ihr jetzt selber Streit habt, habt ihr was gelernt durch die Streitschlichter-AG?

Schülerin: „Also früher war ich wirklich sehr aggressiv, könnte man das in Worte fassen. Und habe sehr oft beleidigt, andere Personen physisch verletzt. Nachdem ich mit dem Schulhelfer geredet habe, dachte ich mir, warum gehe ich jetzt nicht zur Streitschlichtung und lasse mir hier von einem Professionellen zeigen, wie man einen Streit schlichtet.“

Bei meiner nächsten Station auf der Suche nach gelungenem Streit treffe ich Imke Trainer. Sie ist Mediatorin. Gemeinsam mit ihrem Kollegen Rüdiger Hausmann leitet sie die Rheinmediation in Köln. Sie beraten Familien, die ihren Streit, ihre Konflikte nicht mehr alleine lösen können. An einem schwülen Sommertag gehe ich mit den beiden am Rhein spazieren.

Was sind meistens die Probleme, die hinter den Problemen liegen, die an sie herangetragen werden? Also ich stelle mir vor, dass häufig auf den Beziehungsebenen dahinter viel mehr los ist, als bei der ersten Problembeschreibung klar wird.

Imke Trainer: „Ja, die erste Problembeschreibung sind die Symptome. Wir suchen die Ursachen und die liegen auf der Ebene der Bedürfnisse und der verletzten Gefühle. Also das kann sein, dass ich mich seit Jahren nicht anerkannt fühle in meiner Familie. Dass ich denke, ich werde hier immer geschützt, irgendwie halten die immer alles Schwierige von mir fern, weil die vielleicht denken, ich bin nicht belastbar als Familienmitglied. Aber ich würde auch gerne mal was beitragen, was entscheiden, ein wertvolles Familienmitglied sein.“

Und ist das eigentlich das Ziel der Mediation? Dass jeder und jede sich so gesehen fühlen kann?

Imke Trainer: „Ja, das Ziel ist: Ich werde gesehen, ich fühle mich verstanden, aber ich verstehe auch dich.“

„Ok, ich sehe die Welt durch meine Brille und es ist irgendwie notwendig, dass ich mir auch mal die Brille des anderen aufsetze, wenn wir irgendwas anders machen wollen.“

So Imke Trainer über eine grundlegende und wichtige Einsicht in der Mediation. Wenn auch Mediatoren nicht mehr helfen können und ein Streit nur juristisch beendet werden kann, landet er vor Gericht. Und eine externe Autorität – wie RichterIn

Diana Renk – beendet den Konflikt mit einem Urteil. Ich treffe Diana Renk im Gerichtssaal im Landgericht in Köln. Heute muss sie zwei Fälle verhandeln, bei denen Handwerker finden, dass sie nicht angemessen bezahlt wurden. Die RichterIn versucht, bei den ersten Verhandlungsterminen zu vermitteln.

Diana Renk: „Wenn die Auseinandersetzungen vor Gericht landen, dann sage ich auch immer gerne, dann ist das Kind schon so ein bisschen in den Brunnen gefallen. Und häufig, weil es ja nicht um Forderungen geht, die irgendwie marginal sind, ist da schon eine gewisse Emotion dahinter.“

Aber es ist dann auch ihre Aufgabe, das dann wieder zu beruhigen, oder?

Diana Renk: „Also ich versuche dann, das nicht ausufern zu lassen. Und letztendlich bei der anderen Seite Verständnis dafür herzustellen, dass jemand, der emotional reagiert, auch zeigt, wo bei ihm die Wunde ist. Und ich glaube, deshalb lade ich auch immer die Parteien persönlich ein, damit das nicht unbemerkt bleibt, weil das dann auch eine Chance für die Gegenseite ist zu begreifen: Oh, das macht der jetzt nicht, weil er keine Lust hat zu bezahlen, sondern weil er sich irgendwie ungerecht behandelt fühlt. Ob zu Recht, oder zu Unrecht.“ ✕



Deutschlandfunk, Länderreport

Im Länderreport berichten wir über Menschen im ganzen Land, die sich in Initiativen zusammengeschlossen haben und im Sinne einer wehrhaften Demokratie bürgerschaftliches Engagement zeigen.

Die wohl erfolgreichste Bürgerinitiative Deutschlands

Denn Demokratie lebt vom Mitmachen, von engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die sich einmischen und für ihre Ziele kämpfen. Manchmal braucht es dabei einen sehr langen Atem und den Mut, die wohl erfolgreichste und hartnäckigste Bürgerinitiative der Bundesrepublik: die „Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg“.

Anfang der 1970er-Jahre wurde sie gegründet und es brauchte 48 Jahre, bis sie eines ihrer wichtigsten Ziele erreichen konnte, ein Atommülllager im niedersächsischen Gorleben zu verhindern.

Über vier Jahrzehnte prägten Demos, Gleisblockaden und Räumungen den Landkreis Lüchow-Dannenberg, das Wendland. Schon 1972, als Pläne für zwei AKW-

Neubauten im Wendland bekannt wurden, gründet sich „Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg“. Die Kraftwerkspläne werden

aufgegeben, noch bevor es zu Protesten kommt. Auf die Straße gehen die Menschen erst, als Niedersachsens damaliger Ministerpräsident Ernst Albrecht Pläne für ein gigantisches „Nukleares Entsorgungszentrum“ in Gorleben präsentiert: Entstehen soll eine Wiederaufbereitungsanlage, eine Brennelementefabrik, ein oberirdisches Zwischen- und ein unterirdisches Endlager für hochradioaktiven Müll. Die Bürgerinitiative bekommt jetzt immer mehr Zulauf, zwei Jahre später findet in Hannover die bis dahin größte Anti-Atom-Demo in Deutschland statt. Die Politik ist alarmiert, setzt auf Großeinsätze der Polizei und auf den Verfassungsschutz. Die Verfassungsschützer erstellen Bewegungsprofile, zapfen Telefonleitungen an, notieren Autokennzeichen. Auch Rebecca Harms, auch sie ein frühes Mitglied der BI, wurde überwacht. Jahrelang wurde gegen die frühere Landtags- und Europaabgeordnete der Grünen wegen der „Bildung einer terroristischen Vereinigung“ ermittelt.

Nach Einstellung des Verfahrens durfte sie einen Blick in ihre Akte werfen: „Es war wirklich schockierend zu sehen, wie tief die Überwachung in mein privates Leben eingegriffen hatte und was alles beobach-



tet worden war und welche aberwitzigen Schlüsse im Rahmen dieses Denkens, dass wir hier Terror organisieren würden, daraus dann gezogen wurden!“ Immer mehr Menschen schließen sich dem Widerstand an, immer mehr Einsatzkräfte werden in den kleinen Landkreis geschickt. Die Kosten dafür steigen zuletzt auf über 100 Millionen Euro. Das Kalkül der Bürgerinitiative, die Kosten für die Castortransporte in die Höhe zu treiben und ein Umdenken der Politik zu erzwingen, geht auf. 2017 wird im Standortauswahlgesetz beschlossen: Die alleinige Suche nach einem unterirdischen Endlager in Gorleben wird beendet. Ein neues, mehrstufiges und vor allem vergleichendes Suchverfahren beginnt. Schon in der ersten Runde wird der Standort Gorleben wegen erheblicher geologischer Mängel aussortiert. Bekannt waren diese Mängel schon seit den frühen 1980er-Jahren. Obwohl es kein unterirdisches Endlager in Gorleben geben wird,

ist die BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg noch nicht am Ziel. Anfang Dezember 2022 organisiert BI-Sprecher Wolfgang Ehmke zusammen mit dem Vorsitzenden der Initiative Martin Donath eine Mahnwache vor dem Zwischenlager. Die riesige Halle ist mit Stacheldraht, einem Erdwall und Bewegungsmeldern gesichert: „Gorleben ist ja überhaupt nicht atommüllfrei. Seit 1984 wurde hier schwach- und mittelaktiver Müll gelagert und seit 1995 auch hochradioaktiver Müll.“ Die Sorge bleibt, dass zwar nicht der Salzstock, aber vielleicht die Tonvorkommen unter dem Wendland in die engere Wahl für ein Endlager kommen. Also bleiben die Menschen im Wendland, bleibt die BI Umwelt Lüchow-Dannenberg weiter wachsam. ✘

Axel Schröder, freier Autor, Deutschlandfunk



Deutschlandfunk Kultur, Im Gespräch

Was kann jeder zu einer wehrhaften Demokratie beitragen?

Gisela Steinhauer diskutiert mit dem Schulleiter Johannes Heintges und Claudine Nierth vom Verein „Mehr Demokratie“

Weltweit steht die Demokratie unter Druck: Auch hierzulande treten die Feinde einer liberalen

Gesellschaft wie Rechtspopulisten, Querdenker oder Reichsbürger immer unverhohlener zutage. Nicht zu vergessen der Krieg Russlands gegen die Ukraine, die seit nunmehr elf Monaten ihre Freiheit verteidigt. Was kann jede und jeder von uns tun, um die Demokratie zu stärken?

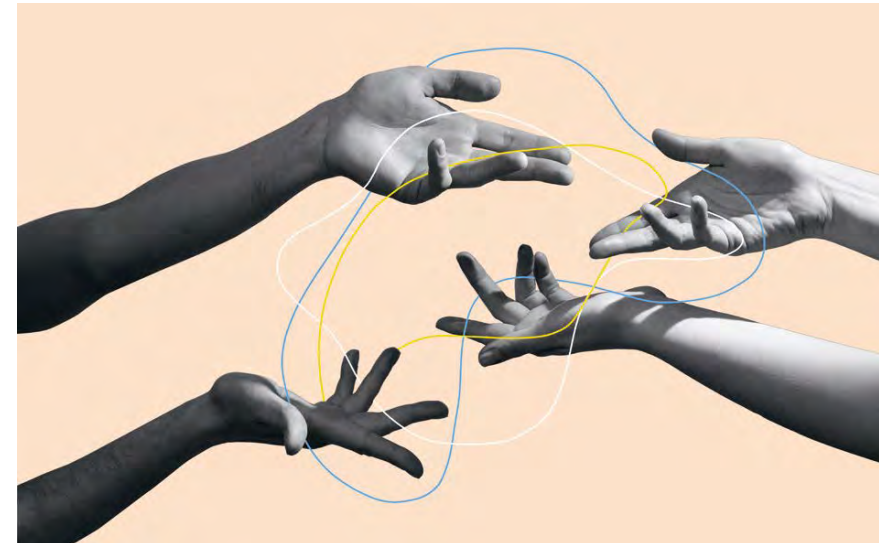
Bessere Politik durch Beteiligung

„Demokratie kann immer nur von unten und von innen heraus geschehen“, sagt Claudine Nierth. Die Künstlerin und Aktivistin ist Vorstandssprecherin des Vereins „Mehr Demokratie“, sie setzt sich seit rund 30 Jahren für mehr Bürgerbeteiligung ein, für Volksentscheide auch auf Bundesebene oder aktuell auch durch Bürgerräte. Ihre Überzeugung: „Politik wird besser, wenn die Menschen beteiligt sind.“ Nierths Erfahrung:

„Die Menschen wollen sich beteiligen und sie zeigen, sie können es auch.“

„Inzwischen blicken wir auf über 8.000 Bürgerbegehren in den Kommunen und auf knapp 400 Volksinitiativen in den Ländern.“ Wir lebten in sich rasant verändernden Zeiten. Auch die Demokratie müsse sich verändern, so Claudine Nierth. Impulse dazu gibt die Autorin in ihrem neuen Buch „Die Demokratie braucht uns“.

Wie Demokratie lernen?



„Unsere Kinder lernen, wie wirkmächtig Demokratie ist, aber auch, wie anstrengend diese sein kann“, sagt Johannes Heintges, Leiter der Gesamtschule Kierspe im Sauerland. Dort lernen 1.250 Kinder, jedes zweite hat einen Migrationshintergrund; es gibt 25 unterschiedliche Herkunftssprachen. „Die Kinder erfahren von der fünften Klasse an, dass die Andersheit der anderen normal ist. Wir haben gläubige Christen, Atheisten, Kinder, die fundamentalistisch aufwachsen. Viele sind russischstämmig oder haben Wurzeln in der Türkei, wir haben Geflüchtete aus Afghanistan, aus Syrien“, so der Lehrer für Philosophie, Gesellschaftslehre und Deutsch. Seine Erfahrung: „Für viele Kinder sind wir die erste und einzige Institution, die die Werte unserer Demokratie vermittelt.“ Demokratie sei an seiner Schule „so selbstverständlich wie die Luft zum Atmen“, so Heintges. Es gibt ein Schülerparlament, die Schülersprecher werden direkt gewählt – mit Wahlkampf und Urne. Im Klassenrat werden Probleme diskutiert, die die Schüler untereinander oder mit den Lehrern haben. „Das alles halten wir für den Königsweg zur Demokratie.“ Der Erfolg gibt Johannes Heintges recht: Im vergangenen Jahr bekam die Gesamtschule Kierspe den Preis für Demokratische Schulentwicklung der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik verliehen. ✕

Deutschlandfunk, Der Rest ist Geschichte

Von King bis Klimakleber – die Wirksamkeit von zivilem Ungehorsam

Rosa Parks und Martin Luther King – zwei Namen, die mit der Geschichte des zivilen Ungehorsams in den USA untrennbar verbunden sind. Auch in Europa gehen Menschen seit den 1960er-Jahren vermehrt auf die Straße. Es gibt die Studentenbewegung, die Friedensbewegung, die Frauenbewegung, die Umweltbewegung und die Anti-Atomkraft-Bewegung.



Von King bis Klimakleber

Die Wirksamkeit von zivilem Ungehorsam

Wenn sich heute Klimaaktivistinnen und -aktivisten festkleben und dadurch Straßen blockieren, dann fällt dies unter zivilem Ungehorsam und geschieht aus der Überzeugung, dass dieses Handeln dem Wohle vieler, vielleicht aller dient. Zugleich verärgern sie mit ihren Aktionen viele Menschen. Die fragen sich: Waren Protestformen wie die der Klimaaktivisten heute eigentlich schon einmal erfolgreich, hat sich die Welt verändert durch zivilem Ungehorsam?

Zunächst gilt es, sich anzusehen, was das überhaupt ist: ziviler Ungehorsam? „Ich glaube, die kürzeste Formel lautet, ziviler Ungehorsam ist ein gewaltfreier Bruch von Regeln oder Gesetzen“, erklärt der renommierte Protestforscher Dieter Rucht, der unter anderem am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gearbeitet hat. Das alleine reicht jedoch nicht aus. Vielmehr seien diese Formen des Gesetzesbruchs an bestimmte Voraussetzungen gebunden. Dazu gehört ein deeskalierendes Vorgehen. Es ist ein Handeln in Bezugsgruppen, es sind also keine Einzelpersonen. Es müssen moderatere Möglichkeiten des Einspruchs erfolglos ausgeschöpft worden sein. Und, so Rucht, „das Ganze muss öffentlich stattfinden. Man zeigt sein Gesicht, man bekennt sich zu seinen Taten, und letztlich muss man auch legale Sanktionen, auch wenn man das Gerichtsverfahren dann in mehreren Stufen durchlaufen hat, hinnehmen. Man akzeptiert also die gesamte gesetzliche Ordnung, aber nicht im konkreten Einzelfall.“

Zugleich ist es ein Konzept, so der Forscher, das erst im Laufe des 20. Jahrhunderts an Konturen gewonnen hat, überhaupt erst gewinnen konnte. Dafür gibt es historische Gründe.

„Ich glaube, es hat sich dann stärker eine liberale Öffentlichkeit herauskristallisiert mit der damit verbundenen Presse- und Medienlandschaft. Und das ist eigentlich eine Bedingung für erfolgreichen zivilen Ungehorsam. Das heißt, in einem autoritären System, wo alle Medien kontrolliert werden, wo vielleicht auch die realen Proteste gar nicht sichtbar werden, da kann man eigentlich schlechterdings zivilen Ungehorsam üben.“ Wenn aber darüber diskutiert wird, dann hat man mit zivilem Ungehorsam ziemlich viel erreicht.

Im historischen Rückblick zeigt sich häufig, dass Aktionen des zivilen Ungehorsams, die zunächst die Sache von Minderheiten waren, peu à peu mehrheitsfähig wurden und im Rückblick als legitim und als richtig anerkannt werden.

Es wird sich zeigen, ob das Wachrütteln, das die Klimaaktivistinnen und -aktivisten sich vorgenommen haben, funktioniert und ob die Geschichte ihnen am Ende recht geben wird, so wie sie der schwarzen Bürgerrechtsbewegung, der Frauenbewegung und der deutschen Anti-Atomkraft-Bewegung recht gegeben hat. ✕

**Ein Briefwechsel mit dem Intendanten zu
„Von King bis Klimakleber –
die Wirksamkeit von zivilem Ungehorsam“**

Betreff: Von King bis Klimakleber. Über die Wirksamkeit von zivilem Ungehorsam, Sendung Deutschlandfunk in der Reihe „Der Rest ist Geschichte“ am 11. August 2023 19.10 bis 20 Uhr

Sehr geehrter Herr Intendant Raue,

die o.g. Sendung ist ein Beleg dafür, dass der Deutschlandfunk zu einem Sender nur für Westdeutsche geworden ist. Eine Dreiviertelstunde lang schwatzten Redakteure und Fachleute über gewaltfreien, zivilen Widerstand. Es begann mit einem ausführlichen, wunderschönen Abschnitt über Martin Luther King. Dann ging es um die westdeutsche 68er-Studentenbewegung, Klimabewegung, Anti-Atomkraft-Bewegung. Und den Vergleich mit den Klimaklebern. Wir saßen gespannt am Radio und warteten auf die Thematisierung der wichtigsten Widerstandsereignisse der deutschen Nachkriegsgeschichte, die seitens der Widerständler gewaltlos waren: den Aufstand vom 17. Juni 1953 und die Friedliche Revolution von 1989. Vergebens.

Eine Dreiviertelstunde Palaver über unser Lebensthema, und wir im Osten sind keines Gedankens Wert. Die Geschichte des gewaltlosen Widerstandes in Deutschland ist nicht ohne die Widerstands- und Oppositionsbewegung in der DDR, die zur friedlichen Revolution führte, zu denken.

Die Aufständigen in den Tagen um den 17. Juni 1953 waren unbewaffnet, die Oppositionellen pflegten und entwickelten – auch in der Tradition M. L. Kings – viele gewaltfreie Strategien. Die DDR-Opposition setzte sich mit den gleichen Themen (Frieden, Emanzipation, weltweite Gerechtigkeit, Ökologie) auseinander, wie ihre westlichen Altersgenossen – nur unter ungleich höherem Risiko, ohne den Schutz des Rechtsstaats. Und die Demonstranten 1989 riefen „Keine Gewalt!“ als Appell an die Mit-Demonstrierenden und an die „bewaffneten Organe“.

Die Wirkung und auch die Erfolge dieses gewaltlosen Widerstandes sind in der deutschen Geschichte ohnegleichen. Sie haben eine Diktatur zu Fall gebracht und eine gesamtdeutsche Demokratie ermöglicht. Und die Akteure haben sich in der Demokratie bis in die höchsten Ämter bewährt (Gauck, Merkel). Es wird deutlich, dass Ihr Sender, trotz Ihrer Zeit beim MDR, jedenfalls die Menschen dieser Widerstandstradition in und aus Ostdeutschland nicht mehr als politische Subjekte wahrnimmt und mit-denkt. In der Politikwissenschaft nennt man so etwas eine Repräsentationslücke. Dort wird beschrieben, dass dies zu extremem Wahlverhalten führt. So beteiligt sich der Deutschlandfunk an der Produktion der bad news über den östlichen Teil Deutschlands.

Der Zuschnitt der Sendung zeigt, dass die Autoren und Redakteure des Deutschlandfunks nicht einmal einen einzigen kleinen Gedanken an die ostdeutsche Situation verloren haben. Die Ignoranz der ostdeutschen Demokratiebewegung macht die Ostdeutschen zum nicht erwähnenswerten Rest der Geschichte. Kein Wunder, wenn sie so etwas als Fake empfinden. Die westdeutsche Medienkaste, für die aus dem Osten offenbar nur „bad news good news“ sind, hat sich den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zur Beute gemacht.

Wir trauern und wir wehren uns!
Frau N. und Herr Dr. N.

Betreff: Ihr Schreiben zur Sendung „Der Rest ist Geschichte“

Sehr geehrte Frau N.,
sehr geehrter Herr Dr. N.,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben und Ihre Reaktion auf unsere Sendung „Der Rest ist Geschichte“. Die Rückmeldungen unserer Hörerinnen und Hörer sind sehr wertvoll für uns, auch wenn sie kritisch sind wie Ihre. Deshalb habe ich Ihr Schreiben vom 20. August an die zuständige Redaktion mit der Bitte um Stellungnahme weitergeleitet, die ich nun erhalten habe.

In der Folge vom 10./11. August ging es um „zivilen Ungehorsam“ – also das bewusste und gemeinschaftliche Brechen von Gesetzen oder Regeln, um politische Forderungen durchzusetzen. Davon zu unterscheiden sind andere Formen von Protest oder Widerstand – wie es sie in der DDR natürlich gegeben hat.

Die zuständige Redakteurin der Sendung hat zu dieser Frage noch einmal den bereits interviewten Experten Dieter Rucht angesprochen, der ein renommierter Protestforscher ist. Seine Einschätzung: In der DDR „gab es zahlreiche, oft subtile und verschlüsselte Protestaktionen von Dissidenten, Einzelpersonen und Gruppen, aber nach meiner Kenntnis keine lebendige Tradition zivilen Ungehorsams oder explizite Berufung darauf.“ Entscheidend ist hier die präzise Definition von „zivilem Ungehorsam“, um die es in unserem Podcast ging.

In einem Geschichtsformat die DDR-Vergangenheit immer mitzudenken, ist unser erklärter Anspruch – und wir tun das bei vielen Themen, etwa in unserer Folge über den „kalten Impfkrieg“ (16. März), über die Anfänge der Atomkraft (13. April) oder auch ganz aktuell über die Geschichte des Automobils (31. August). Ihrer Einschätzung, der Deutschlandfunk sei ein „Sender nur für Westdeutsche“, kann ich insofern nicht zustimmen.

Ihre Argumente gehen jedoch nicht verloren. Was Hörerinnen und Hörer uns schreiben, ist oftmals Thema in Redaktionskonferenzen und -debatten. Deshalb danke ich Ihnen ausdrücklich, dass Sie sich die Zeit genommen haben, so ausführlich auf unser Programm zu reagieren.

Mit freundlichen Grüßen
Stefan Raue

Deutschlandfunk Nova, Hörsaal

„Warum wir Experten (nicht) vertrauen“



Demokratische Entscheidungen werden häufig mithilfe von Expertinnen und Experten getroffen. Besonders deutlich wurde das in der Finanzkrise und der Corona-Krise, sagt der Politikwissenschaftler Michael Zürn. In seinem Vortrag erklärt er, warum es dadurch leichter für Populisten wird, die Wissenschaft anzugreifen.

Denkt mal an die Finanzkrise zurück: Erinnert ihr euch noch an Mario Draghi, der als Chef der Europäischen Zentralbank

die Finanzwelt beruhigte? In der Corona-Krise war es dann ganz präsent Christian Drosten, der zusammen mit anderen Wissenschaftler*innen die Bundesregierung beraten hat.

Verwissenschaftlichung der Politik

Diese Krisen waren weniger die Stunde der Exekutive, sondern die Stunde der Expertise, sagt Michael Zürn, Politikwissenschaftler am Wissenschaftszentrum

Berlin. In seinem Vortrag erklärt er, wie Expertinnen und Experten politische Entscheidungen prägen und spricht von einer „Verwissenschaftlichung“ der Politik.

Unbequeme Entscheidungen werden an Expert*innen ausgelagert. Das führe dazu, dass der wahrgenommene Einfluss von Mehrheitsentscheidungen zurückgehe – Draghi, Drosten und Co. wurden schließlich nicht von uns gewählt.

„Die Verwissenschaftlichung der Politik führt im Ergebnis zur Politisierung der Wissenschaft.“

Michael Zürn

Dabei sei Expertise für liberale Demokratien unerlässlich. Es gibt neben den sogenannten majoritären Institutionen wie Parlament und Parteien auch nicht-majoritäre Institutionen, die aus Expertinnen und Experten bestehen – Beispiele dafür sind etwa die Zentralbanken und Verfassungsgerichte.

Sie sind dazu da, die Macht der Mehrheitsinstitutionen einzugrenzen, sagt Zürn. Auch für die öffentliche Debatte in liberalen Demokratien sei Expertise unerlässlich. Zum Beispiel wenn wir uns auf die Klimamodelle der Wissenschaft verlassen, ohne dass jede*r von uns sie nachrechnen muss.

„Die liberale Demokratie hängt grundlegend von der Anerkennung von Expertise ab, von der Anerkennung von Wissenschaft, von der Anerkennung eines bestimmten Wahrheitsregimes, welches die Möglichkeit einer Wahrheit beinhaltet“, so Michael Zürn.



Es besteht jedoch die Gefahr, dass die Entscheidungen der Expert*innen die Demokratie entpolitisieren: Wenn Politikerinnen und Politiker unbequeme Entscheidungen mit der Wissenschaft rechtfertigen, werde die Wissenschaft dafür verantwortlich gemacht, nicht die Politik.

Autoritäre Populisten greifen Wissenschaft und Expertise an

So verlieren Fachleute und die Wissenschaft das Vertrauen, das sie benötigen, um effektiv sein zu können, warnt Michael Zürn. Außerdem sei es einfacher für rechtsautoritäre Populisten, die Wissenschaft und unser demokratisches Wahrheitsverständnis anzugreifen.

„Wissenschaft spielt eine größere Rolle in der Politik, dadurch geht der wahrgenommene Einfluss von Mehrheitsentscheidungen zurück. Das ist ein Einfallstor für autoritäre populistische Angriffe auf das liberale Wahrheitsregime.“

Michael Zürn ✕

Deutschlandfunk Kultur, Studio 9
MEIN DEMOKRATIEMOMENT

Ulrich Wickert



„Das Wichtige ist, dass man, wenn man aus der Schule oder aus der Ausbildung kommt, mit 17, 18 oder 19 Jahren, sagt: Ich setze mich jetzt einmal für die Gemeinschaft ein. Was heißt das? Das heißt, dass ich nicht nur weiß, ich bin für mich verantwortlich, sondern ich bin auch für die Gesellschaft verantwortlich.“

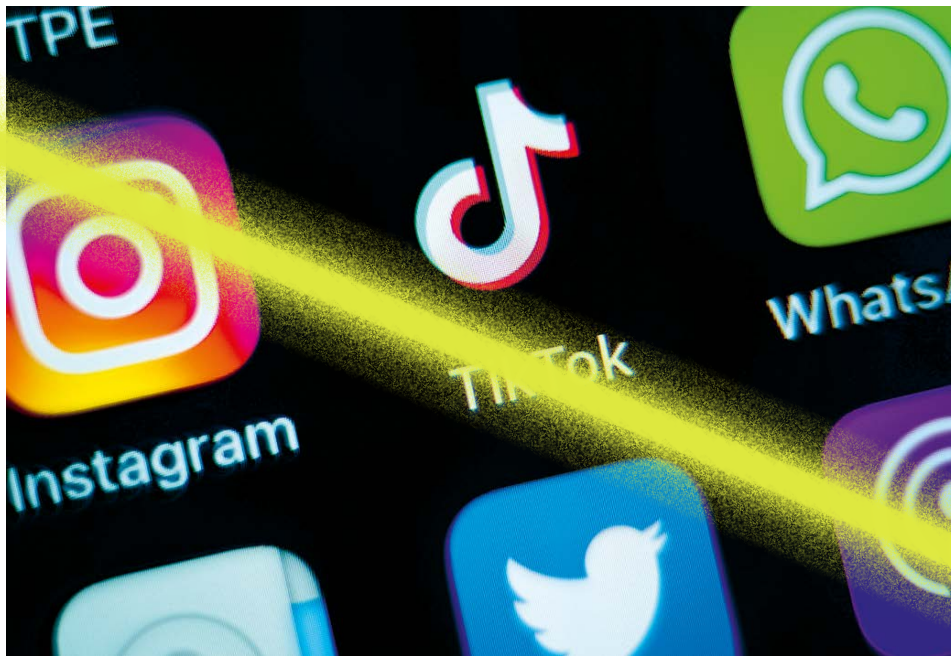
Wissen Sie, ich gehöre zu den etwas kindlichen Menschen, die gerne Comicstrips lesen. Calvin und Hobbs zum Beispiel. Da ist der Erstklässler Calvin, der sitzt an seinem Pult und schreibt etwas. Und dann sagt seine Lehrerin: „Was schreibst du da?“ Sagt er: „Ich schreibe einen Vertrag, dass Sie mir, wenn ich später wegen schlechter Noten kein Geld verdienen werde, einen Ausgleich zahlen.“ Sagt die Lehrerin: „Geh’ zurück an Dein Pult. Wenn du nichts lernst, bist du selber schuld.“ Das ist etwas, was in unserer Gesellschaft viel zu viel gedacht wird: Ich bin nicht für mich verantwortlich. Der Staat ist für mich verantwortlich. Aber die Leute wissen gar nicht, was der Staat ist: Das sind nämlich wir alle.

Es gibt einfach Grundwerte in jeder Demokratie: Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, aber auch Toleranz und Solidarität. Dass diese Werte gelebt werden, dass sie fest verankert sind, das ist ganz wichtig. Ich glaube, in einem sozialen Jahr wird man das lernen: Ah, die Regeln, die Werte sind nicht nur für die anderen da, sondern auch für mich. Sie sind da, damit die Gesellschaft friedlich zusammenleben kann. Das ist ganz wichtig, dass wir das vermitteln.“ ✕

„Ich finde ganz spannend, was Emmanuel Macron bei seiner Wahl versprochen hat: einen universellen Nationaldienst. Auf deutsch: ein soziales Pflichtjahr.“

Deutschlandfunk Kultur, Lesart

„Die Digitalkonzerne zerstören unsere Demokratie“



Der Medienwissenschaftler Dr. Martin Andree im Interview mit Christian Rabhansl

Christian Rabhansl: Die großen Digitalkonzerne seien im Begriff, unsere Demokratie zu zerstören, schreiben Sie. Weil sie das Internet so umfassend beherrschen, dass wir bis zum Ende

des Jahrzehnts die Kontrolle über die politische Öffentlichkeit weitgehend verloren haben werden. Sie kennen natürlich das Gegenargument, nämlich, dass die Big Five ja nicht alleine seien. Es gibt spiegel.de, tagesschau.de, deutschlandfunkkultur.de – und noch eine Million andere weitere Seiten, Apps, Domains allein im deutschsprachigen Raum. Warum halten Sie das für eine Scheinvielfalt?

Martin Andree: Das ist einfach der empirische Befund. Wir können zeigen, dass die Nutzungszeit auf diesen Medienanbietern, die Sie gerade genannt haben, verschwindend gering ist. Entscheidend ist, was genutzt wird. Und da ist an den Fakten wenig zu zweifeln.

Sie sagen: Es geht nicht um Reichweite, also: Wie viele Leute klicken da drauf. Sie haben stattdessen die Nutzungsdauer gemessen. Warum?

Nehmen wir mal spiegel.de, mit einer fantastischen Reichweite. Fast 50 Prozent der Bevölkerung nutzt spiegel.de. Aber entscheidend ist eben die Nutzungsdauer, und die beträgt 18 Minuten. Im Monat – nicht am Tag. Und zwar nur von den Leuten, die das nutzen. Da sehen Sie, dass die Menschen ihre Zeit eben hauptsächlich auf Social Media verbringen, also auf YouTube, Facebook, Instagram und so weiter.

Und wenn ich nur die Reichweite messen würde, dann würde ich so tun, als wäre morgens sieben Sekunden lang auf WetterOnline das Tageswetter checken dasselbe wie drei Stunden auf Instagram rumhängen?

Genau. Und deswegen ist das riesige Problem, dass politische Entscheider hauptsächlich Reichweiten-Analysen sehen. Das sieht dann so aus, als hätten wir Anbietervielfalt. Aber die gibt es nicht. Es wäre völlig absurd, aufgrund von Reichweiten Medienvielfalt zu beurteilen.

Sie haben über drei Monate alle Abrufe in Deutschland erfasst, egal auf welcher Webseite, in welcher App, mit welchem Gerät. Wie haben Sie das gemacht?

In Deutschland gibt es 16 Millionen einzelne Webseiten, Apps und so weiter und so fort. Dafür brauchen Sie eine Untersuchungs-Apparatur, die kostet einen zweistelligen Millionenbetrag. Und das haben wir jetzt tatsächlich das erste Mal überhaupt weltweit hinbekommen, in einem Forschungsprojekt der Uni Köln. Und deswegen ist es auch so genau. Es ist extrem präzise und basiert auf einer Analyse von vielen, vielen Milliarden einzelner Impressions.

Die Ergebnisse haben mich ein bisschen weggeblasen. Fangen wir mal bei den 99 Prozent der Domains an, die null Traffic haben – da klickt niemand drauf.

Ja. 15,9 Millionen Domains haben gar keinen Traffic, „nur“ 132.000 haben überhaupt Traffic. Wenn Sie sich die zwei großen Digitalkonzerne Alphabet und Meta anschauen, dann machen die alleine ein Drittel der gesamten digitalen Nutzung aus. Und das sind ja Dutzende von Märkten, die wir hier kombiniert haben, wie Search, Social Media, E-Commerce, alles in diesem riesengroßen digitalen Nutzungspool. Diese Konzentration ist völlig unfassbar.

Woran liegt das? Es hat doch jeder die Wahl, was er oder sie online benutzt.

Sie haben eben keine Wahl.

Warum nicht?

Ganz einfach: Sie haben auch keine Wahl in Bezug auf die beweglichen Lettern, die wir nach Gutenberg verwenden. Natürlich könnten Sie auch Keilschrift verwenden oder Hieroglyphen oder sich Kartoffelstempel schnitzen. Aber wenn sich ein Medienstandard einmal durchgesetzt hat, dann nutzen ihn alle. Das ist übrigens auch die fatale Fehleinschätzung der Regulierer, die Medien behandeln, als ob es normale Güter wären wie Kekse oder Müsliriegel. Aber Sie können eigentlich nicht mehr wechseln, sobald sie in diesen Medien eingeschlossen sind. Sie sind zu diesen Medien gezwungen.

Warum sind denn dann diese großen Tech-Konzerne nicht längst von den Kartellbehörden zerschlagen worden?

Das ist rechtlich komplex. Aber was mich am meisten beunruhigt, ist, dass man keinerlei Anzeichen von den Kartellbehörden sieht, dass die Panik kriegern. Denn wir haben ja hier einen Zustand, in dem Wettbewerb vollständig abgeschafft ist. Als Chef einer Kartellbehörde müssten Sie vor die Kameras treten und sagen: Wir haben ein riesengroßes Problem. Wir

müssen alle zusammenarbeiten. Die Politik muss uns Gesetze geben, mit deren Hilfe wir die Bevölkerung in Deutschland vor diesen schlimmen Effekten schützen können. Denn das ist unser Job.

Eine Ihrer Forderungen lautet, die digitalen Plattformen wie Medien zu behandeln. Was würde sich dann ändern?

Die Plattform sagen ja von sich selber, sie seien keine Medien, sie seien nur Intermediäre. Die Regulierer hätten eins merken müssen: Die Plattformen sagen damit so etwas wie, wir sind nur so etwas wie Telefonleitung oder Infrastrukturbetreiber. Aber die Plattformen, die machen ihr Geld ja – genauso wie andere Medien auch –, indem sie Inhalte monetarisieren. Wie zum Beispiel ein Fernsehsender, der auch Werbung schaltet. Das heißt, wir könnten sofort heute bestimmen, okay, ihr seid Intermediäre, prima, aber dann läuft das nicht mehr mit der Monetarisierung von Inhalten.

Sie schlagen außerdem den Zwang zu offenen Standards vor. Wenn wir es mit der analogen Welt vergleichen, da ist es völlig selbstverständlich, dass ich mit einem Telefonanschluss von der Telekom auch bei Vodafone anrufen kann. Das ist bei den digitalen Plattformen bislang nicht der Fall. – Das kommt jetzt aber, die EU schreibt das vor, oder?

Nein, es kommt zwar bei Messengern, aber es kommt nicht bei den großen Inhalte-Plattformen. Und es ist tragisch, denn wir könnten morgen einfach Interoperabilität und offene Standards für alle Plattformen vorschreiben. Und würden sofort die Effekte sehen. Wenn wir nicht in der Lage sind, als Gesellschaft zu begreifen, dass wir hier alle betrogen werden – denn es geht ja nicht nur um Medien, es geht auch um Unternehmen, es geht um die Blogger, es geht um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk – und wenn wir dann als Gesellschaft nicht unsere Medienlandschaft selbst so gestalten, wie wir das wollen, dann sind wir hauptsächlich selbst schuld.

Warum enden Sie trotzdem so optimistisch, wir könnten das alles in nur einem Jahr wuppen?

Weil wir ja die Möglichkeiten haben, wir haben die Autorität, wir haben die Methoden. Wir sind eine Demokratie, wir sind nicht in Nordkorea oder China. Wir dürfen unser Land selbst gestalten. Wenn wir sie nicht stoppen, werden unsere Kinder nicht mehr in einer Demokratie leben. Dann ist unsere freie Medienlandschaft in wenigen Jahren zerstört. Und deswegen werden wir sie stoppen, weil wir sie stoppen müssen. ✕

Christian Rabhansl, Redakteur und Moderator bei Deutschlandfunk Kultur

Martin Andree: Big Tech muss weg! Die Digitalkonzerne zerstören Demokratie und Wirtschaft – wir werden sie stoppen (Campus Verlag 2023)

Weitere Beiträge zu diesem Thema



„Soziale Medien sind Ursache und Lösung“, Deutschlandfunk Kultur, Interview (Dieter Kassel im Gespräch mit Sascha Lobo)



„Wie Medien einen Beitrag zur Demokratie leisten können“, Deutschlandfunk, Kulturfragen (Marco Bertolaso im Gespräch mit Annika Sehl)



„Wächter ohne Amt. Deutschlands Medien und die Demokratie“, Deutschlandfunk, Medienmagazin, (Antje Allroggen, Brigitte Baetz)

Deutschlandfunk Kultur, Studio 9
MEIN DEMOKRATIEMOMENT

Nora Bossong



„Das erlebe ich in Ländern, in denen ich gereist bin und wo das nicht der Fall war. Im Iran beispielsweise. Da werden ohne wirklichen Prozess Menschen verhaftet, schlimmstenfalls zum Tod verurteilt.“

Und ich glaube, die Sicherheit, die wir hier genießen, das hat mit Demokratie zu tun und mit dem damit verbundenen Moment der Rechtsstaatlichkeit: Ja, wir müssen für unsere auch strafrechtlich relevanten Fehler einstehen. Aber wir können sicher sein, dass wir einen fairen Prozess bekommen. Selbst wenn dabei Diskussionen manchmal hochkochen, öffentliche Diskussionen, gerade wenn es um Prominente geht und es auch öffentliche Vorverurteilungen gibt, die ich problematisch finde. Aber es gibt immer noch die Gewissheit, dass im Zweifelsfall für den Angeklagten votiert wird – und dass es auf jeden Fall einen Gerichtsprozess gibt.

Und dass wir auch nicht willkürlich inhaftiert werden aufgrund politischer Äußerungen, die eventuell nicht mit der Regierungsmeinung zusammengehen. Und dass wir in Freiheit leben können, ohne Angst haben zu müssen, genau für diesen Wunsch nach Freiheit im Gefängnis zu landen.

Ich glaube, wir nehmen das nach sehr vielen Jahren, in Westdeutschland ja auch wirklich nach Jahrzehnten, in einer solchen Gesellschaft zu leben für zu selbstverständlich. Da ist es, glaube ich, manchmal ganz gut, sich mal wieder darüber zu freuen, in was für einer Gesellschaft wir leben dürfen. Und wie sehr es sich auch lohnt, dafür einzustehen.“ ✕

„Mein Demokratiemoment – das ist vielleicht der Moment, in dem ich merke, was das Fehlen von Demokratie bedeutet.“

Deutschlandfunk, Kommentar

„Gute Wirtschaft ersetzt (k)eine Debatte“

Die Wirtschaft im Osten wird immer besser, sagt der Bericht der Bundesregierung. Das lässt sich auch am Bruttoinlandsprodukt ablesen, das sich seit der Deutschen Einheit im Osten verdoppelt hat. Es ist immer noch geringer als im Westen, gut 20 Prozent weniger, aber es ist ein immenser Fortschritt.

Prozent der Deutschen sind Ostler. Aber die Eliten kommen meistens aus dem Westen.

Das Gefühl, dass Menschen aus München über das Leben der Menschen aus Cottbus bestimmen, ist daher weit verbreitet. Und dabei geht es nicht nur um konkrete Entscheidungen. Es geht um die Wahrnehmung des anderen ostdeutschen Lebens, der anderen Biografien, der anderen Erfahrungen, der Zwischentöne. Relativ gute Wirtschaftszahlen ersetzen keine gesellschaftliche Debatte. Eigentlich unglaublich, dass man das 34 Jahre nach der Friedlichen Revolution noch immer sagen muss: Der Osten ist anders. Auch über Generationen hinweg. Es ist eine Gesellschaft der härtesten Brüche, der größten Anpassungsprozesse, der schmerzhaftesten Neubestimmung von Biografien. Warum taucht auch in diesem Bericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit nicht auf, was das Leben von Millionen Menschen im Osten bestimmt: dass sie deutlich weniger erben als Westler? Dass sie – historisch unverschuldet – einfach weniger besitzen? Dieser Umstand, kombiniert mit dem Gefühl, dass eigene Erfahrungen von der westdeutsch

Es gibt sogar regelrechte Wohlstandsregionen wie Leipzig oder Potsdam. Jedenfalls verglichen mit Bochum und Bremen. Auf dem Land aber ist es anders. Und das Land ist der bestimmende politische Faktor im Osten der Republik. Dort spürt man bis heute, dass die Jungen abgewandert sind. Jeder Dritte auf dem ostdeutschen Land ist über 65. Hat also die Wucht der sozialen Umbrüche in den 90ern voll mitbekommen. Und hadert damit. Aber nicht nur das: bevorzugt traditionelle Lebensmodelle, ist oft skeptisch gegenüber anderen kulturellen Einflüssen. Man muss beobachten, dass Ostdeutsche bei der Besetzung von entscheidenden Posten in Justiz, Wirtschaft und Universitäten nicht bedacht wurden. Ein Problem, das nicht nur die Älteren betrifft, sondern alle mit ostdeutscher Biografie. Zur Erinnerung: Rund 20



Weitere Beiträge zur Ost-West-Debatte zum Nachhören:



„Keine Einheit in Führungsetagen. Von Quoten-Ossi bis Ossi-Quote“
Deutschlandfunk, Podcast „Der Tag“,
(Josephine Schulz)



„Alte, neue Ostdebatte „Auf ewig ‚Ossis‘ und ‚Wessis‘?“
Deutschlandfunk, Zur Diskussion
(Sina Fröhndrich im Gespräch
mit Anne Rabe, Carsten Schneider,
Steffen Mau)



Jana Hensel: „Wir leben in einer durch Krisen geprägten Zeit“
Deutschlandfunk, Informationen am Morgen (Dirk-Oliver Heckmann)

dominierten Öffentlichkeit kaum respektiert worden sind, führt zu politischen Verwerfungen. Und zu einer schmerzhaften Entfremdung vom demokratischen Konsens, den eine Partei wie die AfD ausnutzt. Wer glaubt, dieser fragwürdigen politischen Kraft mit rationalen Argumenten beizukommen, ist entweder naiv oder verblendet. Die guten Wirtschaftsdaten in vielen ostdeutschen Regionen spielen für diese Wahlentscheidung kaum eine Rolle. Ein kleiner Schritt, ihr die Zustimmung zu entziehen, könnte die breite Anerkennung der massiven gesellschaftlichen Brüche sein, die den Osten seit über drei Jahrzehnten prägen. Ohne Belehrungen, ohne Überheblichkeit. Einfach anerkennen. Und erst dann am 3. Oktober auf die Einheit anstoßen. ✕

Vladimir Balzer, freier Moderator,
Deutschlandfunk Kultur

Deutschlandfunk Kultur, Studio 9
MEIN DEMOKRATIEMOMENT

Elke Schmitter



„Es geht darum, Kinder zu begleiten zwischen acht und zwölf Jahren. Das heißt, das Kind ist kein kleines Kind mehr, sondern bewegt sich schon selbstständig im öffentlichen Raum. Und es ist noch nicht so weit in der Pubertät, wo eigentlich nur noch die Peer Group wichtig ist.“

Grundsätzlich geht es darum, Menschen aus sozialen Milieus zusammenzuführen, die sich sonst nicht begegnen würden. Und das ist deswegen an der Zeit, weil die Bundesrepublik, in der ich aufgewachsen bin, durchlässiger war, sozial durchlässiger und durchmischer als heute. Natürlich wird auch viel für Inklusion getan; aber die Durchlässigkeit, was die Bildung und das Einkommen betrifft, hat sich in den letzten Jahren verschlechtert. Das Programm versucht, an Kinder ranzukommen, die sagen wir, aus engen Verhältnissen kommen, wo einfach niemand da ist, der Zeit hat zu sagen: Mensch, wir gehen mal in eine Bibliothek oder wir machen mal was zusammen, was du normalerweise vielleicht nicht tun würdest. Für das Kind bedeutet das, mit einem Erwachsenen nach eigenen Wünschen und Bedürfnissen den sozialen Raum zu erweitern. Und dieser Erwachsene ist weder Onkel noch Tante noch Nachhilfelehrerin noch Babysitter. Es ist eine ganz andere und freie Art von Beziehung. Das macht es für beide Seiten enorm interessant.

Bei der Schulung, bei der ich war – das wird sehr professionell begleitet –, waren zu meiner großen Überraschung erstens sehr viele junge Leute und viele mit migrantischem Hintergrund. Viele junge Männer so um die Mitte 20, die erzählt haben, dass sie sich selbst in ihrer Biografie an Momente erinnern, wo es diese nicht organisierten Zufälle gab, dass man jemandem begegnet, der einem allein durch sein So-Sein etwas eröffnet hat. Und das war sehr toll.“ ✕

„Mein Demokratiemoment ist kein einzelner Moment, sondern der Verein ‚kein Abseits!‘, der Menschen zusammenbringt, die sonst nicht zusammenkommen würden.“

Deutschlandfunk Kultur, Im Gespräch

Jakob Springfeld „Zwickau ist meine Heimat, meine Hölle“

Als Teenager war Jakob Springfeld auf seiner ersten Demo, er engagierte sich bei Fridays for Future – und immer wieder mit Gleichgesinnten gegen Neonazis und die rechte Szene in seiner Heimatstadt Zwickau.

Er merkte bald, dass es riskant sein kann, für andere einzutreten. „Ich hätte nie damit gerechnet, dass ich wegen eines Refugees-

welcome-Pullovers beleidigt und angeschrien werde.“ Auch vor der elterlichen Haustür seien Neonazis aufgekreuzt, und von einer Horde mit Schlaghandschuhen verfolgt zu werden, das kennt er auch. Er und seine Freunde hätten ein „dreistufiges Warnsystem“, um im Bedrohungsfall schnell für Beistand sorgen zu können. 2019 wurde Jakob Springfeld überregional bekannt. Ein Baum war abgesägt worden, nicht irgendeiner, sondern ein Gedenkbaum für Enver Şimşek, das erste Opfer der NSU-Morde. Die rechte Terrorzelle hatte jahrelang in Zwickau untertauchen können.

Es wurden zehn neue Bäume gepflanzt, für jedes Mordopfer einer, und bei einer Gedenkveranstaltung, an der auch Angela Merkel teilnahm, sagte der damals 17-Jährige spontan ein paar Worte. Manchen gilt er als „Nestbeschmutzer“ – aber er liebe seine Heimatstadt Zwickau, betont Springfeld. Gerade deshalb wolle er immer wieder deutlich machen, dass es hier auch andere als rechte Stimmen gäbe.

„Ich freue mich, dass mittlerweile an meinem ehemaligen Gymnasium der NSU-Komplex als Thema im Lehrplan vorkommt, und dass viele Schulen Patenschaften für Gedenkbäume für



NSU-Opfer übernommen haben. Das sind Tropfen auf den heißen Stein, aber für uns als Zivilgesellschaft ist es

sehr wichtig, sich auch solche Erfolgserlebnisse immer wieder vor Augen zu führen, um nicht den Mut zu verlieren.“ Die hohen Zustimmungswerte für die AfD – nicht nur in Ostdeutschland – beunruhigen Jakob Springfeld tief.

„Man ist in Deutschland noch nicht wirklich in den Demokratie-Krisen-Modus gekommen. Es geht darum, dass grundsätzliche Werte bedroht sind.“

Inzwischen hat der Politikstudent ein Buch veröffentlicht, das sich vor allem an junge Leute wendet und vor antidemokratischen Kräften warnen will. Aber bequem werde es nie sein, für Freiheit und demokratische Werte einzustehen:

„Leute, die mit dem Begriff ‚wehrhafte Demokratie‘ um sich schmeißen, wissen manchmal gar nicht, was das im sächsischen Hinterland wirklich bedeutet. Wehrhafter Demokrat zu sein, bedeutet da: Wenn ich mich öffentlich gegen die AfD positioniere, in Hoyerswerda, in Grimma oder in Zwickau, dann habe ich mit Anfeindungen zu rechnen und damit, dass Neonazis meine Autoreifen aufschlitzen. Und wenn ich ganz ehrlich bin: Ich kann Leute verstehen, die sich nicht mehr trauen, sich zu positionieren, wenn das die Konsequenz ihres Handelns ist. Gleichzeitig frage ich mich: Was kann die Alternative sein? Und das wäre ja, dass eine Gesellschaft im Zweifelsfall wieder zum Mittäter wird – und das dürfen wir nicht zulassen.“ ✕

Ulrike Timm, freie Moderatorin, und Frank Ulbricht, Redakteur, Deutschlandfunk Kultur

Deutschlandfunk Kultur, Studio 9

Jahrelanger Kampf für einen eigenen Jugendtreff



Bunte Graffitis überziehen die braune Fassade des leerstehenden Hauses an einer Durchgangsstraße in Limbach-Oberfrohna. Die Fenster sind verrammelt und teilweise zugemauert. Drinnen, in den Räumen im Erdgeschoss, stehen Farbeimer und eine Leiter herum. Auf den Holzdielen liegt noch der Staub der jüngsten Aktionen.

„Das ist unser Konzertraum. Der ist schwarz gestrichen. Technik ist drin. Wir haben jetzt auch eine Bar und der Raum soll genutzt werden für Konzerte oder auch andere Veranstaltungen wie Videoabende oder Vorträge.“ Janice Weis hat seit ihrer Jugend für so einen Raum gekämpft. Inzwischen ist sie 33, ausgebildete Sozialpädagogin und hat erreicht, was sie sich als Teenagerin vorgenommen hat, gemeinsam mit Elisa Grobe.

Ein Ort von Jugendlichen für Jugendliche, demokratisch, selbstverwaltet. Den zu schaffen, war nicht

einfach. Vor 15 Jahren schon haben Weiß und einige weitere Jugendliche einen Verein gegründet. 2009 hatte die Gruppe das Haus günstig gekauft, als Treffpunkt hergerichtet. Doch kurz darauf brannte es. „Da war ein Brandanschlag hier und das ganze Erdgeschoss ist ausgebrannt und musste komplett neu wiederaufgebaut werden.“ Es war ein stadtbekannter Neonazi. Der damals 19-jährige Täter wurde zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt. Der städtische Jugendclub, in dem er und andere rechte Jugendliche aus- und eingingen, wurde geschlossen.

Inzwischen sei es ruhiger geworden. Aber rechtsextreme Jugendliche gebe es noch, erzählt die 23-jährige Stefanie Brunkhorst.

Ein Ort von Jugendlichen für Jugendliche, demokratisch selbstverwaltet: Diese Vision zu verwirklichen, war in der sächsischen Kleinstadt Limbach-Oberfrohna nicht einfach. Nun ist dieser Treffpunkt entgegen alle Widerständen tatsächlich entstanden.

Genauso wie Drohungen gegen Menschen, die sich den

Rechten entgegenstellen: „Wir haben hier einfach Gruppen, die laufen durch die Straßen nachts und finden es immer noch lustig, Hitlergrüße zu ziehen und dergleichen. Und ich finde das nicht cool. Und wenn man sich dann dagegen äußert oder sich aktiv dagegen stellt, dann ist man schon in dem Feindbild drin und sofort irgendwie eine Zecke und man ist Gewaltandrohungen und Hass ausgesetzt.“

Bisher betreibt die Gruppe ein Info-Café einige Straßen weiter. Regelmäßig kämen etwa 15 bis 20 Jugendliche zum gemeinsamen Essen. Im neuen Raum sollen nun auch Konzerte oder andere größere Veranstaltungen möglich sein. Unterstützung von der Stadt habe es bisher kaum gegeben, sagt Mitgründerin Elisa Grobe: „Man hat das Gefühl, es werden immer nur Steine in den Weg gelegt.“ Anders stellt das Gerd Hartig von den Freien Wählern dar, seit einem Jahr Oberbürgermeister von Limbach-Oberfrohna: „Warum sollte ich so was schlecht finden? Jedes soziale Engagement hier in der Stadt oder jedes gesellschaftliche Engagement ist natürlich gut.“

Die Stadt habe außerdem Fördergelder der Bundesregierung an den Verein weitergeleitet. Auch eine Bewerbung um weitere Fördergelder unterstütze er. Trotzdem will die Stadtverwaltung die Bands, die bei der Eröffnung des Treffpunkts auftreten sollen, vorab prüfen. Begründung: Bei der letzten größeren Veranstaltung vor fünf Jahren hätten sich Anwohner gestört gefühlt. Wegen der Lautstärke, aber auch wegen angeblich linksextremer Texte, sagt Dietrich Oberschelp, bei der Stadtverwaltung unter anderem zuständig für Präventionsarbeit. Reine Schikane, finden die Jugendlichen.

Solche Konflikte gebe es häufiger, sagt Ina Lorenz: „Das ist ja oft der Tenor: Die machen nur laut. Die wollen nur abhängen und die wollen nur saufen.“

Die Sozialpädagogin vom Kulturbüro Sachsen berät Jugendgruppen, die eigene Strukturen aufbauen wollen, unabhängig von kommunalen Einrichtungen. Nicht immer Sorge das in der Verwaltung für Begeisterung: „Es geht am Ende darum, die Jugendgruppen fit zu machen, wenn sie denn schon vor Ort keine Ansprechpersonen haben. Dass sie auch wissen: Es gibt Menschen, denen das nicht egal ist, dass sie Übergriffen von offensichtlich rechtsgerichteten Menschen ausgesetzt sind. Und auch wenn sich die politische Stadtspitze oft nicht damit auseinandersetzen will, das ist die Realität für diese Jugendgruppen.“ ✕

Alexander Moritz,
Deutschlandradio-Landeskorrespondent Sachsen

Deutschlandfunk Nova, Hörsaal

Wahlrecht: Warum wählen mit 16 eine gute Idee sein könnte



- Wahlalter 18
- Wahlalter 16 Kommunal- und Landtagswahlen
- Wahlalter 16 Kommunalwahlen

In 11 Bundesländern dürfen 16- und 17-Jährige ihre kommunalen Parlamente mitwählen. In sechs davon auch ihre Landtage. In fünf weiteren Bundesländern gilt: Gewählt wird erst mit 18. Beim Wahlalter ist Deutschland ein Flickenteppich, analysiert Politikwissenschaftler Arndt Leininger von der Technischen Universität Chemnitz im Gespräch mit Katja Weber.

Katja Weber: Mit 16 bin ich in Nordrhein-Westfalen bei Kommunalwahlen wahlberechtigt. Gleichaltrige in Schleswig-Holstein dagegen dürfen auch bei den Landtagswahlen abstimmen, während die 16- oder 17-Jährigen in Hessen oder Bayern weder das eine noch das andere dürfen. Wie lässt sich das erklären?

Arndt Leininger: Wir haben einen Flickenteppich in Deutschland. Das inhaltlich zu rechtfertigen ist schwierig. Es gelten unterschiedliche Logiken bei Veränderungen: In manchen Bundesländern steht das Wahlalter im Wahlgesetz, in anderen aber in der Landesverfassung. Um Letztere zu ändern, braucht es eine Zweidrittelmehrheit.

Müsste es nicht eine Vergleichbarkeit über Landesgrenzen hinweg geben, in dem Sinne, dass überall dasselbe Wahlalter gilt?

Das müsste auf jeden Fall gelten, wenn wir von Wahlen sprechen, die bundesweit stattfinden wie bei der Bundestags- und Europawahl.

Bei Wahlen innerhalb der Bundesländer stellt das rechtlich wahrscheinlich kein Problem dar. Aber in der Vermittlung ist es problematisch. Zum Beispiel wenn man von Sachsen nach Brandenburg schaut. In Brandenburg darf man bei Kommunal- und Landtagswahlen mit 16 wählen, in Sachsen gilt für beides Wahlalter 18. Das ist kaum zu erklären.

Welchen Effekt hat diese Uneinheitlichkeit auf Jugendliche?

Das kann durchaus frustrierend sein. Nehmen wir das Wahlalter in Berlin: Wenn dort junge Menschen mit den Eltern wählen gehen, bekommen die Eltern ganz viele Wahlzettel für die Kommunalwahl, die Landtagswahl und die Bundestagswahl. Die jungen Menschen kriegen nur den für die Kommunalwahl. Darin steckt ein gewisses Misstrauensvotum ihnen gegenüber. Anderes Beispiel: 2024 bei der Europawahl wird bundesweit das Wahlalter 16 gelten. Wenn die Ampel hält, finden im Herbst 2025 Bundestagswahlen statt. Viele, die an der Europawahl teilnehmen durften, werden dann nicht wählen dürfen. Auch das birgt Frustrations-Potenzial.

Mein Wahlrecht als junger Mensch hängt von meinem Wohnort ab. Ist das demokratisch zu rechtfertigen?

Schwierige Frage. Insbesondere, weil 16-Jährige z. B. bei den Brandenburger Landtagswahlen schon gezeigt haben, dass sie das können. Wir sehen bei den meisten Wahlen, an denen 16-Jährige teilnehmen dürfen, dass deren Wahlbeteiligung sogar leicht höher ausfällt als bei den 20- bis 30-Jährigen und auch höher als bei den 18-jährigen Erstwählern. Angesichts dessen ist es schwierig nachzuvollziehen, wieso das nicht in allen Bundesländern gilt.

Sie legen in Ihrer Studie dar, dass 16- und 17-Jährige durchaus politisch reif sind. Gleichzeitig machen sie für Jugendliche, die sich selbst als Unterschicht definieren, Nachteile bei der politischen Teilhabe aus. Wie hängt das zusammen?

Das ist ein Problem, das wir schon seit vielen Jahren haben. Eins, das sich zunehmend verschärft. Je jünger die Menschen sind, desto größeren Einfluss hat deren Bildung darauf, ob sie an einer Wahl teilnehmen oder nicht. Bei den Pensionären unterscheidet sich die Wahlbeteiligung von denjenigen, die Abitur haben, zu diejenigen, die kein Abitur haben, kaum. Aber bei den Anfang-Zwanzigjährigen macht das einen großen Unterschied aus.

Obwohl wir es jetzt mit Jahrgängen zu tun haben, die in viel größerem Ausmaß Abitur machen, als das noch vor einigen Jahrzehnten der Fall war. Vor diesem Hintergrund hat eine Wahlaltersenkung den Charme, dass die Erstwähler jünger sind und damit eher noch zur Schule gehen. Das ist ein Anknüpfungspunkt für Bildungspolitik, um über Funktionsweise und Wichtigkeit von Wahlen aufzuklären. Von daher wäre das eine gute Möglichkeit, aber es ist nicht allein durch eine Absenkung des Wahlalters getan.

Die Union hält tendenziell eher an einem Wahlrecht mit 18 fest, SPD und Grüne sprechen sich für ein Wahlrecht mit 16 aus. Woran liegt das?

Ich sehe da erst mal eine grundsätzlich größere Skepsis bei konservativen Parteien gegenüber Veränderungen und eine größere Wertschätzung von Lebenserfahrung und -alter. Aber mittlerweile zeigt sich die CDU beweglich, sie hat z. B. in Baden-Württemberg als Koalitionspartner der Grünen entsprechenden Änderungen zugestimmt. Den Grünen in NRW hat sie

im Koalitionsvertrag versprochen, dass man da auch das Wahlalter 16 einführen würde. Die CDU ist weg von der Generalopposition und nutzt das Thema eher als Verhandlungsmasse in Koalitionsverhandlungen.

Der Koalitionsvertrag der Ampel im Bund besagt: „Wir wollen das Grundgesetz ändern, um das aktive Wahlalter für die Wahl zum deutschen Bundestag auf 16 Jahre zu senken“. Gehen Sie davon aus, dass das wirklich umgesetzt werden kann angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag?

Die Formulierung ist genau deshalb so gewählt, weil man auf die CDU angewiesen wäre, um die Zweidrittelmehrheit zu erreichen. Ich glaube nicht, dass die CDU der zerstrittenen Ampel diesen Erfolg vor der nächsten Bundestagswahl ermöglichen würde. Wenn es wieder zu einer Regierungsbeteiligung der CDU kommen sollte, sind alle Parteien, die als Koalitionspartner in Frage kommen, mittlerweile für das Wahlalter 16. Die werden das dann möglicherweise in den Koalitionsvertrag rein verhandeln.



Wissen Sie eigentlich noch, Herr Leininger, wann und wo Sie Ihr Wahlrecht zum ersten Mal ausgeübt haben?

Das weiß ich tatsächlich noch relativ genau. Das war eine Kommunalwahl in NRW, da gilt schon länger Wahlalter 16. Noch besser in Erinnerung ist mir aber die Wahl, an der ich nicht teilnehmen durfte. Das war die Bundestagswahl 2005, die stattfand, weil Gerhard Schröder Neuwahlen ausgerufen hat, nachdem die Landtagswahl in NRW damals verloren ging. 2006 wäre ich 18 gewesen und hätte wählen dürfen. So habe ich diesen Wahlrechtsverlust persönlich mitgemacht. ✘

Deutschlandfunk Kultur, Sein und Streit

Demokratische Nachwuchspflege



Ob Menschen sich demokratisch engagieren, entscheidet sich früh im Leben und hängt stark vom sozialen Umfeld ab. Die NGO „Teach First“ will Kinder aus ärmeren Milieus zur Mitbestimmung befähigen – und Demokratie erlebbar machen.

Demokratie ist nie fertig. Sie ist immer im Prozess und muss im Idealfall täglich von allen Bürgerinnen und Bürgern reproduziert werden. Wenn das stimmt, kommt es praktisch wesentlich darauf an, demokratische Werte in jeder nach-

wachsenden Generation neu zu vermitteln, und dazu gehört die frühzeitige Einbindung von Kindern in demokratische Entscheidungen.

Statistiken belegen, dass schulischer Erfolg in Deutschland oft vererbt wird, und auch das familiäre Umfeld prägt die demokratische Einstellung von Kindern. Dabei ist ein guter Schulbetrieb nicht zwangsläufig die beste Schule der Demokratie. Daher setzen sich zivilgesellschaftliche Organisationen wie die NGO „Teach First“ das Ziel, benachteiligte Kinder durch außerschulische Bildungsangebote zu stärken. „Teach First“ rekrutiert dafür Universitätsabsolventinnen und -absolventen zwischen 25 und 35 Jahren, bildet sie aus

und entsendet sie für zwei Jahre als Fellows an Brennpunktschulen. Diese Fellows sind entlohnte Vollzeitkräfte, die die Hälfte ihrer Zeit im Unterricht verbringen und die andere Hälfte außerschulischen Lehrangeboten widmen. Hannes Binder, bundesweiter Teamleiter aller Programmmanager, betont: „Der Paradigmenwechsel, der stattfinden muss, ist, dass wir weniger die Lehrenden in den Fokus nehmen, sondern viel stärker die Schülerinnen und Schüler dabei sehen, was sie brauchen, was ihre Ambitionen sind, was ihre Interessen und Potenziale sind und sie zu befähigen, diese Potenziale und Ambitionen auszuschöpfen und diesen auch nachzugehen.“

Ein konkretes Beispiel dafür ist die Planung eines Stadtviertels durch Schülerinnen und Schüler. Mit Unterstützung der Fellows recherchieren sie, identifizieren Probleme und entwerfen Pläne für die Zukunft ihres Viertels. Experten werden einbezogen, es gibt direktes Feedback, Präsentationen vor Politikern folgen, und abschließend wird auf einem Experten-Panel diskutiert. Dies ermöglicht den Schülern ein aktives Demokratieerlebnis, fördert ihre Selbstwirksamkeit und lehrt sie, sich in gemeinsame Lösungsprozesse einzubringen.

Trotz positiver Ansätze wie „Teach First“ verlassen in Deutschland jährlich immer noch 50.000 Schülerinnen und Schüler die Schule ohne Abschluss. Dennoch: Wer morgen Demokratie will, muss heute für Teilnahme sorgen. Hier unterstreicht der OECD-Kompass 2030 die Notwendigkeit, Lernenden einen verlässlichen Wegweiser in einer komplexen Welt zu bieten. Lehrkräfte, Eltern und Fellows bilden dabei gemeinsam das dafür so wichtige demokratische Netzwerk. Und darauf zielt auch „Teach First“ ab: „Das führt dann über längere Sicht sukzessive dazu, dass Schülerinnen und Schüler insbesondere auch die Bildungsbenachteiligten erkennen: Es ist nicht egal, was ich will und ich kann hier einen Unterschied machen. So würde dann auch die Wahrscheinlichkeit steigen, dass sie sich auch im Erwachsenenalter gesellschaftlich engagieren, teilhaben und dass sie etwas zum Besseren verändern“, erklärt Binder. Die Lehre daraus: Demokratie lernen, heißt lernen, dass die eigene Stimme zählt, im eigenen Netzwerk und in der ganzen Republik. Je früher, desto nachhaltiger. ✕

Deutschlandfunk Kultur, Lesart

Die Gefahr von nicht verarbeiteten Identitätskrisen

Wie sehr müssen wir uns hinterfragen, damit wir als Gesellschaft die richtigen Fragen stellen. Korbinian Frenzel hat auf der Frankfurter Buchmesse mit der Autorin und Journalistin Alice Hasters über ihr 2023 erschienenes Buch „Identitätskrise: Warum Zweifel der Beginn von Neuerung ist – für uns und unsere Gesellschaft“ gesprochen.

Korbinian Frenzel: Keiner möchte gerne eine Identitätskrise haben, aber wenn ich Sie richtig verstanden habe, sagen Sie: So schlecht tut uns das eigentlich gar nicht.

Zeit, in der sich viel verändert, wird das auch Auswirkungen auf unser Selbstbild haben: Auf die Frage, wer wir eigentlich sind, auf unsere Ziele, auf unsere Träume und darauf, wie wir uns in der Gesellschaft verorten. Wir brauchen größere Resilienz und Toleranz dafür, dass die Krisen unserer Zeit auch Fragen der Identität aufwerfen. Wenn man gewappnet und bewusst durch diesen Prozess geht, verläuft er auf jeden Fall besser, als wenn man ihn versucht zu verdrängen oder auszublenden. Das hört sich jetzt vielleicht so gefühlig an, aber es ist tatsächlich eine sehr ernst zu nehmende Sache. Ich glaube, dass Menschen aufgrund einer nicht verarbeiteten Identitätskrise nach rechts abdriften können und dass unsere Gesellschaft insgesamt sowie unsere Demokratie dadurch gefährdet wird.

Alice Hasters: Meiner Meinung nach sind Identitätskrisen unvermeidbar. Wir kommen ohne sie nicht voran. Sie gehören zum Leben dazu. Und gerade jetzt, in einer

Ich fand ja interessant, wie Sie beschreiben, dass vor allem Menschen in letzter Zeit in eine Identitätskrise gekommen sind, die sich vorher nie groß Fragen gestellt haben. Also ich verkürze mal, ich hoffe, es fühlt sich niemand angesprochen: „der alte weiße Mann“, der in große Zweifel, möglicherweise aber auch Gegenreaktion getrieben wurde.

Ja, genau. Das Versprechen unserer Gesellschaft, dass wir uns frei entfalten können, dass wir gleichberechtigt überall Zugang haben, das war ein Recht, das zunächst den besagten „alten weißen Männern“ vorbehalten war. Das große neue Projekt besteht darin, diese Freiheit auf alle zu übertragen. Nur wirft das die Menschen, die zuvor die Freiheit für sich alleine hatten, in eine Art Identitätskrise, weil sie nicht mehr der Standard sind. Dieser Ausgangspunkt, das, was als normal gilt, diversifiziert sich. Wir bekommen eine pluralistische Gesellschaft und das ist für viele schwer auszuhalten.



So, wie Sie es beschreiben, können dem bestimmt viele zustimmen. Aber dann gibt es so Stichworte wie: Cancel Culture, siehe etwa bei der Winnetou-Debatte. Eine Entwicklung, in der diejenigen, die eigentlich einen Emanzipationsprozess nach vorne treiben wollen, den Bogen überspannen. Wie sehen Sie das mit Blick auf die letzten Debatten, die wir geführt haben? Gehen da manche vielleicht auch so weit, dass Sie dann fast schon wieder Momente der Unfreiheit schaffen?

Ich glaube, dass man versucht hat, diese großen Fragen, „Wie kriegen wir Gleichberechtigung hin?“, „Wo finden sich noch immer Spuren der Unterdrückung, aus der Kolonialzeit zum Beispiel, die noch heute in unserer Gesellschaft fortbestehen?“, an kleinen Details wie zum Beispiel Winnetou auszutragen. Und diese kleinen Details wurden dann sehr, sehr groß, während die wirklich wichtigen Fragen in den Hintergrund gerückt wurden. Das heißt, es geht nicht mehr um das Wesentliche. Das Buch „Identitätskrise“ ist mein Versuch, an die wesentlichen Fragen zu erinnern, die in den ganzen Debatten um Identitätspolitik, Cancel Culture, Wokeness verzerrt und auf eine Ebene gehoben wurden, die ich für sehr ineffizient halte.

Wir sollten uns wieder daran erinnern, was eigentlich das gemeinsame Ziel ist und dass es tatsächlich nicht nur persönliche Befindlichkeiten sind, sondern wirklich gesellschaftliche Fragen, hinter denen konkrete Aufgaben stecken.

Es geht also nicht darum, sich zu fragen „Was darf man noch sagen oder nicht sagen?“, sondern „Was sollten wir jetzt tun und wohin wollen wir als Gesellschaft?“

Wo sind Unsicherheiten, Identitätsfragen, das Infragestellen, wo sind Krisen etwas ganz normal Individuelles, durch das man geht? Und wo wird es strukturell, also wo ist es ein gesellschaftliches Thema?

Der Begriff Identitätskrise kommt eigentlich von einem Soziologen namens Erik Erikson, und der schreibt diesen der Pubertät zu – eine Krise, die alle Menschen in der Pubertät durchstehen müssen. In der Pubertät verändert man sich, der ganze Körper verändert sich, man wird älter und hat auf einmal Aufgaben, Verantwortungen. Aus diesem grundlegenden Wandel erwächst die Identitätskrise. Ebendiese Idee kann auch auf die Gesellschaft übertragen werden.

Wir befinden uns auf vielen Ebenen im Wandel: Klimakrise, Kriege, Migration sind nur ein paar Beispiele. Wenn sich unsere Strukturen ändern, löst das etwas in uns aus.

Ich denke, dass wir in einer strukturellen Identitätskrise stecken, da die bisherigen Abläufe und Annahmen in der Gesellschaft sich nun den neuen Gegebenheiten anpassen müssen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass man sich einfach den Gegebenheiten unterordnen muss. Vielmehr sollte man sie als einen dynamischen Bestandteil dieses Prozesses akzeptieren. Kommt erstmal die Pubertät, ist es nicht möglich, in die Kindheit zurückzukehren, auch wenn man sich das gelegentlich wünschen mag. Es ist wichtig anzuerkennen, dass Veränderungen stattfinden, und dies ist eine grundlegende Erkenntnis, die extrem viel Handlungsspielraum und Potenzial bietet. ✕

Deutschlandfunk Kultur, Wurfsendung

Vielstimmigkeit in der Wurfsendung Chorische Schwarmintelligenz



Ein großer Abend war das, als Bernadette La Hengst mit 54 Mitgliedern aus ihrem „Chor der Statistik“ ins Berliner Funkhaus kam, um Wurfsendungen aufzunehmen. Eigens dafür hatte die Musikerin elf Songs neu arrangiert und eingeprobt – es galt schließlich, unter 50 Sekunden zu bleiben. In jedem der Stücke sind also mehr Stimmen zu hören, als es Sekunden dauert.

Der Chor der Statistik gehört zur Initiative rund um das Haus der Statistik am Berliner Alexanderplatz. Soziale und kulturelle Einrichtungen, Künstlerkollektive und Stiftungen organisieren dort Veranstaltungen und entwickeln Konzepte für die öffentliche Nutzung des Gebäudekomplexes, einst Sitz der DDR-Zentralverwaltung für Statistik. Diese Initiativen sind, ebenso wie der Chor, demokratische Projekte par excellence, offen für die Stadtbevöl-

kerung. Mitsingen darf jede und jeder Interessierte: Auf der Liste stehen über 200 Personen, zu den Proben kommen meistens 40 bis 50. Die Lieder umfassen thematisch die Zukunft der Stadt, geliebte Nachbarschaft, Mietenpolitik, aber auch die Klimakrise. Das lebendige, singende Archiv zur Stadtpolitik tritt bei Festen und Demonstrationen auf, im öffentlichen Raum – und nun auch mitten im Programm von Deutschlandfunk Kultur, hineingeworfen als Wurfsendungen.

Gleich im ersten Stück heißt es: „Nehmt euch eine Auszeit, raus aus dem Internet, versammelt euch im Chor und singt Tenor oder Falsett“ – ein Chor-Motto und eine Aufforderung zusammenzukommen, eine Stärkung des Miteinanders.

Julia Tieke, Projektleiterin der Wurfsendung

Wurfsendungen von
Bernadette La Hengst mit
dem Chor der Statistik

1. Sammelt Menschen anstatt Daten
2. Wir sind die Vielen
3. **SYSTEMRELEVANT**
4. Die Häuser denen die drin wohnen
5. Wem gehört die Parkbank
6. Łużyca du visionäre Leere
7. Zurück zur Natur
8. **DILEMMA**
9. Sie ist wie eine Utopie
10. Wir bauen eine neue Stadt
11. Solang ihr mich nicht liebt

SYSTEMRELEVANT

*Brotlose Kunst, das kann doch jeder wie du, (Aha?)
ein sehr schönes Hobby, das macht mein Laptop im Nu,
ist doch alles nur Show, das braucht wirklich kein Mensch,
Systemrelevant ist, was fährt und was glänzt.
Wenn die Fließbänder laufen und die Waren ziehen,
wieder Räder rollen und die Turbinen glühen,
wenn die Strände platzen und die Reichsbürger brüllen,
sind wir dann noch da, sind wir zu hören? Ahhhhhh!!!!*

DILEMMA

*Du schärfst deine Waffen
und ich meine Verteidigung,
du kannst mich zum Lachen bringen,
wenn ich weine ohne Grund.
Du bist für den Frieden, und ich bin gegen Krieg,
doch wie sollen wir uns lieben,
wenn es keine einfache Lösung gibt?
Dilemma, Dilemma, Dilemma... ✕*



KAPITEL 3

Endlich wieder im Land unterwegs

Lyrik als Gegenstand der demo- kratischen Debatte

Wie wehrhaft kann Literatur, kann Lyrik sein? Dieser Frage stellten sich vier Alumni des vor 15 Jahren vom Deutschlandfunk initiierten Bundeswettbewerbs lyrix im Rahmen einer Schreibwerkstatt, die im September 2023 in Kooperation mit dem Deutschen Bundestag stattgefunden hat. Die vier ehemaligen Preisträgerinnen und Preisträger des Wettbewerbs, der sich an junge Menschen im Alter zwischen 10 und 20 Jahren richtet, waren eingeladen, auf Grundlage eigener Texte oder Archivmaterialien wie des Verfassungsschutzberichts lyrische Texte zu verfassen. Zu Beginn der vom Autor Felix Schiller geleiteten Werkstatt sichten die Alumni thematisch passendes Material, Bücher und Lyrikbände. Es wurde gelesen und zunächst grundsätzlich diskutiert, ob Lyrik überhaupt wehrhaft sein kann. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen zu dem Schluss: Sie kann, wie die Teilnehmerin Rosa Lobejäger es anschließend in einem Gastbeitrag für das Programmheft von Deutschlandradio zusammengefasst hat:

„Auch die lyrische Sprache kann als zähe und wehrhafte Stimme im demokratischen Diskurs hörbar gemacht werden. Sie ist dabei Versuchsordnung, bietet Offenheit, eine Perspektive. (...) Lyrik ist Reizüberflutung, in der alle politischen Kippunkte der Gegenwart verschmelzen. Und diese Sprachgewalt kann wehrhaftes demokratisches Mittel sein – als Antithese zur formelhaft limitierten, instrumentalisierten Sprache autoritärer Regime.“



Die Texte, die im Rahmen der Werkstatt entstanden, wurden von den ehemaligen lyrix-Preisträgern anlässlich des Tages der Ein- und Ausblicke im Deutschen Bundestag präsentiert. Anderthalb Monate später, im Oktober, waren die Alumni mit ihren Texten gemeinsam zu Gast auf der Frankfurter Buchmesse und diskutierten mit Deutschlandradio-Intendant Stefan Raue über die „wehrhafte Demokratie“.

die aufgabe des verfassungsschutzes erschöpft sich nicht darin, den weg des geringsten widerstands zu gehen.

nach phänomenbereich unterschieden werden:
vollendete tötungsdelikte
versuchte tötungsdelikte
körperverletzungen brandstiftungen
herbeiführen einer sprengstoffexplosion
störung der totenruhe
herbeiführen einer sprengstoffexplosion
störung der totenruhe
herbeiführen einer sprengstoffexplosion
HERBEIFÜHREN EINER SPRENGSTOFFEXPLOSION
herbeiführen einer –

blutiges fieber
der starre blick
die stille, die sich ins fleisch beißt

münder klaffen
schwarze lücken
schüsse
die in der luft stehen bleiben

das geräusch von scherben in
lungenflügeln das die
außenhaut in stücke reißt

die wunde klafft leise nach
die blauen flecken tragen sich nicht ab das
blutbad steht dir noch ins gesicht geschrieben

verdachtsfall, fußnote:
*die zahl der gewalttaten gegen asylunterkünfte stieg leicht;
hierzu gehören im berichts-jahr 4 brandanschläge.*

*es ist darauf hinzuweisen, dass den verfassungsschutzbehörden nicht zu allen
mitgliedern dieser personenzusammenschlüsse individuelle erkenntnisse vorliegen.*

es ist auf das schweigen in den eigenen reihen hinzuweisen.

die aufgabe des verfassungsschutzes erschöpft sich nicht darin, die wunden
notdürftig zu kühlen.

die aufgabe des verfassungsschutzes erschöpft sich nicht darin,
öl ins feuer zu gießen.

nach phänomenbereich unterschieden werden:
brandstiftungen, fußnote:
jede tat wird nur einmal gezählt.

Rosa Lobejäger ✕

Frankfurter Buchmesse

Es gibt keinen Monolog in der Demokratie



Die Buchmesse ist immer ein Fundus für die Denkfabrik. Sachbuch-Veröffentlichungen bieten viele Perspektiven auf „die wehrhafte Demokratie“, aber das gilt auch für Lyrik oder Belletristik. Wie blicken junge Autorinnen und Schriftsteller auf die Gesellschaft? Was sehen sie, was andere nicht wahrnehmen? Und wie verstehen sie ihre Rolle?

Sich am Stand der Deutschlandfunk-Programme in die niedrigen Polsterlandschaften fallen lassen – nur mal kurz ausruhen! – und schon ist man inmitten einer Lesung oder eines Büchergesprächs, bei dem man womöglich hängen bleibt.

Eingeladen zum Denkfabrik-Gespräch ist Necati Öziri, Schriftsteller und Dramatiker, der es mit seinem Debüt-Roman „Vatermal“ gleich auf die Shortlist des deutschen Buchpreises geschafft hat. Sein Buch entstand aus einem Theaterstück für das Maxim Gorki Theater in Berlin. Es geht um den 17-jährigen Arda, der mit seinen Kumpels auf einer Parkbank vor dem Bahnhof einer namenlosen Stadt rumhängt. Diese Freundschaft gibt ihnen den einzigen Halt. Ansonsten gibt es nur Stress: mit der Polizei, der Ausländerbehörde, der alkoholkranken Mutter, der Schwester, die es



Schriftsteller und Dramatiker
Necati Öziri

zu Hause nicht mehr aushält, Stress wegen eines abwesenden Vaters, der eine Lücke hinterlassen hat. „Wenn die Welt auch ständig davon schwafelte, dass wir keine Perspektive hatten, wussten wir: Das Gegenteil stimmte“, spricht Arda im Roman zu diesem Vater-Phantom. „Wir hatten zu viel Perspektive, hatten Dinge gesehen, die andere Kinder ihr Leben lang nicht sehen.“

Necati Öziris Ehrgeiz als politischer Künstler ist es, diese Figuren – die Abgehängten der Gesellschaft – so lebendig und so komplex zu zeichnen, dass sie für alle als universell menschlich wahrnehmbar werden. Dass man Figuren wie Arda und seine Mutter auf der großen Bühne eines Stadttheaters erlebt, ist nach wie vor selten. Dabei eignet sich das Theater als Empathie-Maschine besonders gut, erzählt er, weil dort alle im Zuschauerraum gemeinsam den Prozess durchlaufen, sich in den Figuren wiederzufinden.

„Es gibt keinen Monolog in der Demokratie“, hat er mal geschrieben. Öziris Texte lassen sehr unterschiedliche Menschen lebendig werden. Im Gespräch erzählt er, wie wichtig ihm dabei der Sound ist. Spannungsgeladene Szenen bearbeitet Öziri bis in die kleinsten sprachlichen Eigenheiten. Ein Höhepunkt in seinem Roman: der Schlagabtausch zwischen Arda und dem Beamten auf dem Ausländeramt – absurd, fies und komisch, alles zusammen. Spätestens da ist kein Sitzpolster am Deutschlandfunk-Stand mehr frei. Wer nur kurz zum Ausruhen vorbeigekommen ist, nimmt im Kopf ein Buch mit. ✘

Xenia Sircar, Redakteurin Presse,
Deutschlandradio

Sprechkabine on Tour

„Demokratie, die im Kleinen anfängt“



Ein Jahr lang war die Sprechkabine im Auftrag der Denkfabrik 2023 bundesweit im Einsatz und hat im Rahmen von Veranstaltungen und Messen die Stimmen und Meinungen unserer Besucherinnen und Besucher eingefangen. Ob begleitend zu Podiumsdiskussionen in Chemnitz und Erfurt oder auf Veranstaltungen wie der didacta in Stuttgart, den Kirchentagen in Nürnberg, dem goEast Filmfestival in Wiesbaden oder dem Silbersalz Wissenschaftsfestival in Halle an der Saale – wir haben unser Publikum gefragt: Was braucht eine Demokratie, um wehrhaft zu sein? Und wir haben Antworten erhalten: Dass die Demokratie ein fragiles Konstrukt sei, dass sie von Konsens und Dissens gleichermaßen belebt werde, dass sie mit geteilten Wertvorstellungen wie Offenheit und Toleranz eng verwoben sei und dass sie im Kleinen anfangen, im respektvollen Austausch miteinander, sowohl im öffentlichen als auch privaten Umfeld.

„Bei Demokratie denken viele an Parteien, an Politik, an Gesellschaft. Ich glaube, Demokratie fängt auch im Kleinen an, in der Familie, im Freundeskreis. Dass wir uns offen und ehrlich austauschen und uns zuhören.“

Chemnitz

Die Kommentare, die wir in unserer Sprechkabine aufgezeichnet haben, sowie die begleitenden Gespräche vor Ort zeigen auf, dass Demokratie als gelebte Praxis stets der Dynamik des aktuellen Zeitgeschehens unterworfen ist und immer wieder neu ausgehandelt werden muss.



Oben: Die Sprechkabine bei der Podiumsdiskussion „Meinung und Diskurs“ in Erfurt. Unten: Die Sprechkabine bei der Didacta in Stuttgart.

„I am from Azerbaijan. Unfortunately, my country is under dictatorship, and I hope that this situation will change one day. Everyone should care about human rights and the future. Therefore, advocating for democracy is essential for the preservation of democracy.“

Wiesbaden



In Erfurt diskutierten die Gäste gemeinsam mit dem Podium, unter welchen Bedingungen eine Wiederaufnahme deutsch-russischer Beziehungen vertretbar sei. Und in Halle an der Saale, auf dem Wissenschaftsfestival Silbersalz, erreichten uns besonders viele Stimmen von ehemaligen Bürgern und Bürgerinnen der DDR, die aus einer ostdeutschen Perspektive über die gegenwärtigen politischen Veränderungen in Deutschland sprachen. Für die Offenheit und Bereitschaft all derjenigen, die mit ihrer eigenen, wehrhaften Meinung die Sprechkabine betreten haben, möchten wir uns herzlich bedanken! Sie haben dazu beigetragen, dass unsere Sprechkabine zu einer „Demokratie im Kleinen“ im Sinne des respektvollen Austausches und des Zuhörens geworden ist.



Wo verlaufen die Grenzen der Toleranz, wenn Geschichtsrevisionismus und Fremdenfeindlichkeit landesweit ansteigen? Wie kann sich die Demokratie wehren, gegen innere und äußere Feinde, ohne dabei selbst ihr Wertefundament zu konterkarieren? So fragte sich das Chemnitzer Publikum im Rückblick auf die rechten Ausschreitungen im Juni 2018 und im Ausblick auf ihren zukünftigen Titel als „Kulturhauptstadt Europas“ im Jahr 2025, ob und wie ein Dialog und die Begegnung mit rechten Gruppierungen stattfinden sollte.

„Sich wehren, aber eben gegen etwas. Und dazu gehören natürlich auch eigene Projektionen wie Rassismus, Sexismus, Antisemitismus. Das ist eine ständige Herausforderung, sich selbst zu ertappen und dann zu versuchen, ein wahrer Demokrat oder Demokratin zu sein. Darum geht es: Demokratie als Lebens- und Alltagsverhalten und nicht nur als institutionelles Konzept zu verstehen. Die wehrhafte Demokratie, das bedeutet für mich, dass man sich tagtäglich dafür einsetzt, die Demokratie zu verteidigen und den Mut aufbringt, gegenüber Menschen, die vielleicht vom Weg der Demokratie abgekommen sind, ganz eindeutig und klar seine Meinung zu positionieren.“

Stuttgart

„Demokratie braucht vor allen Dingen aktive Zivilgesellschaft. Sie ist nichts, was nur vom Staat ausgehen kann, sondern hauptsächlich von der Gesellschaft, von den Demokraten ausgehen muss, die immer wieder aktiv werden müssen gegen die Feinde der Demokratie. Die wehrhafte Demokratie ist nichts, was von Geheimdiensten oder der Polizei gemacht werden kann, sondern das ist eine originäre Aufgabe der Demokraten.“

Nürnberg



Wenn Sie, liebe Leserinnen und Leser, nun neugierig geworden sind, dann schauen Sie doch mal auf unserem Denkfabrik-Portal vorbei. Hier finden Sie alle Hintergründe und Updates zum Denkfabrik-Programm sowie aktuellen Veranstaltungen. ✘



Redaktion „Meinung und Diskurs“

Denkfabrik im D i a l o g:

Sie wünsche sich einen Hoffnungsschimmer – eine Antwort auf die Frage: Wann kann jemand, der Russland liebt, das normale Russland, nicht Putins Russland, wieder dorthin fahren? Diese Frage stellte eine Russischlehrerin aus Erfurt zum Ende der Publikumsdiskussion „Welche Beziehungen zu Russland sind möglich?“ Es war der wohl emotionalste Moment der Veranstaltung im Haus Dacheröden Mitte September. Denn als die Frau berichtete, zitterte ihre Stimme. Im Jahr 2022 hätten auch Russinnen und Russen ihre Heimat verloren – und auch den inneren Halt. Eine Position, die eher selten zu hören ist.

Es waren Fragen und Wortmeldungen wie diese, denen das Team der Redaktion „Meinung und Diskurs“ Raum geben wollte – nach anderthalb Jahren Angriffskrieg gegen die Ukraine. Ein Krieg, der in Ost und West mitunter auch unterschiedlich betrachtet wird. Diesen unterschiedlichen Perspektiven wurde Raum gegeben – mit einer divers besetzten Diskussionsrunde und einem noch diverseren Publikum. Nach der Aufzeichnung einer Ausgabe der Sendung „Zur Diskussion“ ging das Podium ins Gespräch mit dem Publikum. Von dort waren Streitbare, aber auch sehr nachdenkliche Stimmen zu hören. Im Subtext stand immer die Frage: Wie bleibt unsere Demokratie wehrhaft – gerade auch dann, wenn wir bei bestimmten Fragen über Kreuz liegen? Und

auch wenn die Positionen im Verlauf des Abends unterschiedlich blieben, so blieb der Austausch während der Sendung, während der Debatte und auch im anschließenden Gespräch stets konstruktiv.

Die Veranstaltung in Erfurt war Teil einer zweiteiligen Programmaktion. Im Juni war die Redaktion zu Gast in Chemnitz: Die Stadt steht im Spannungsfeld zwischen rechtsextremen Demonstrationen im Jahr 2018, auch befeuert durch Fake News rund um den Todesfall eines Mannes, und dem Jahr 2025, in dem Chemnitz europäische Kulturhauptstadt wird.

Wie wirken die Bilder von 2018 nach? Kann Chemnitz den Stempel loswerden, den es durch die Bilder der Demonstrationen erhalten hat? Und welche Rolle spielt das für das Jahr der Kulturhauptstadt? Kurzum: Wie geht die Stadt damit um? Darüber ist die Redaktion ins Gespräch gekommen – mit Vertretern der Stadt, der Presse und der Zivilgesellschaft. Die anschließende Publikumsdebatte war konstruktiv und zeigte, wie Chemnitz auf der Suche nach einem Selbstbild ist, auf der Suche danach, wie sich die Zivilgesellschaft aktivieren lässt – mit dem Ziel: nicht noch einmal vereinnahmt zu werden von rechten Gruppen und Narrativen.

Das Fazit: Mit solchen Programmaktionen schafft die Denkfabrik Debattenräume, wenn auch kleine. Wir bringen Streitbare Positionen zusammen, bringen Podiumsgäste und Publikum ins Gespräch und ins gemeinsame Nachdenken. ✕

Sina Fröhndrich, Redaktionsleiterin „Meinung und Diskurs“, Deutschlandfunk

Erfahrungen aus Chemnitz und Erfurt

Die „Lange Nacht“ zur wehrhaften Demokratie



Die Sendung „Lange Nacht“ im Programm von Deutschlandfunk und Deutschlandfunk Kultur ist eine dreistündige Sendereihe zu jeweils einem Thema aus den Bereichen Zeitgeschichte, Politik, Psychologie und Gesellschaft sowie Kunst und Literatur.



Wie lässt sich die Demokratie verteidigen, gegen äußere wie innere Feinde? Diese Frage diskutierte Deutschlandfunk-Chefredakteurin Birgit Wentzien am 12. Dezember im Berliner Funkhaus mit der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Katrin Göring-Eckardt, dem Politikwissenschaftler Prof. Dr. Thorsten Faas und der Journalistin Ann-Kathrin Jeske. Vor der Veranstaltung hatte das Publikum die Gelegenheit, sich im Rahmen einer Führung das Funkhaus anzuschauen. ✕



#battletalk

Ein Denkfabrik-Hörspiel von Jugendlichen aus Riesa

Mit dem 15-minütigen Hörstück #battletalk haben zehn Jugendliche aus dem sächsischen Riesa einen besonderen Zugang zum diesjährigen Thema der Denkfabrik gefunden.

„Der schlimmste Streit war vor zwei Jahren mit meiner allerbesten Freundin. Es ging darum, ob ich sie ausnutze oder nicht ... Wir haben uns geprügelt, unsere Jacken gegenseitig zerrissen, uns an den Haaren gezogen ...“

„Wehrhafte Demokratie“, das ist Konzept, Politik, Überzeugung – der Grundstein liegt jedoch auch im Privaten, wenn es darum geht, Meinungen zu hören, zu verteidigen und auszuhalten. Wie das aussehen kann, das untersuchten die Jugendlichen in einem Ferienworkshop zum Thema Streit.

Unter professioneller Anleitung der Theater- und Radiomacher*innen Marie Jordan und Marcus Thomas lernten die Teilnehmenden zwischen 12 und 16, wie Aufnahmegeräte funktionieren, wie man ein Interview führt und ein Thema

aus verschiedenen Richtungen beleuchtet. Sie erzählen von persönlichen Streitereien, verlorenen Freundschaften und Handyverboten.

Teil des Hörstücks sind Eindrücke aus dem Riesaer Stadtbild, Interviews mit einer Lehrerin und ein Besuch beim Riesaer Stadtrat. Mit den vorher entwickelten Interviewfragen trauen sich die Jugendlichen schließlich auch in Einkaufsstraßen und an den Bahnhof. Zwischen Bäcker und Regionalexpress wird locker beantwortet, was der schlimmste Streit war, den die Interviewten je erlebt haben.

„Bestimmt 90% der Leute wollten zwar nicht mit uns reden, aber wenigstens 10% ...“, werten zwei Jugendliche ihre Straßenumfrage aus.

Fehlende Dialogbereitschaft in der Stadt wird unweigerlich auch Thema des Stücks.

Die politische Situation in Riesa ist angespannt. Die Jugendlichen erzählen von gespaltenen Klassen: „AfD-yay“ vs. „AfD-nein“.

Plakate der Initiative „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ werden zerrissen, eine Teilnehmerin streitet mit ihrer Mutter über die Rechte der LGBTQ-Community: „Also meine Mom findet das nicht schlimm aber ... irgendwie schon“. Die Jugendlichen sind mittendrin in der wehrhaften Demokratie. Am Abendbrottisch, aber auch in der Schule oder im Jugendclub, in dem ein großer Teil der Freizeit stattfindet.

Am Ende entsteht auch Streit beim Reden über den Streit – Uneinigkeit, ob das Aufnahmegerät schon läuft, Empörung darüber, dass eine Teilnehmerin schon zwei Flaschen Saft getrunken hat, obwohl es pro Person nur eine Flasche gibt – und natürlich Ausraster beim Computerspielen in der Pause. Wehrhaftigkeit ist hier vielleicht ein Fremdwort, aber gelebte Praxis.

Das im Workshop entstandene Hörstück berührt, bringt zum Lachen und bereichert die Denkfabrik 2023 um eine neue und junge Perspektive. Auf den Punkt gebracht und authentisch erkunden die zehn Jugendlichen das Thema Streit, ob mit Alltagssätzen wie „Hast du mal auf die Uhr geschaut?!“ oder effektiv eingesetzten Schlagzeugsequenzen.

Nach einer feierlichen Vorpremiere in Anwesenheit von Familien und Freund*innen in Riesa wird das Hörstück auch in der Kurzstrecke im Deutschlandfunk Kultur gesendet. ✕

Meta Friedrich, Redakteurin Programm-kommunikation, Deutschlandradio



Oben:
Ausgestattet mit Aufnahmegerät und Mikrofon geht es zum Riesaer Bahnhof.

Mitte:
Workshopleiter Marcus Thomas bei der Aufnahme von Schlagzeugsequenzen.

Unten:
Als Interviewübung stellen sich die Teilnehmerinnen einander vor.





Ausblick **Das Denkfabrik- Thema 2024**

Sie haben gewählt: „Es könnte so schön sein ... Wie gestalten wir Zukunft?“ ist das Thema der Denkfabrik 2024.

Eine Gesellschaft, die angesichts vieler Krisen keine Visionen hat, droht zu erkranken. Sie reagiert allergisch auf notwendige Veränderungen, infiziert sich mit Hass, Resignation oder Wirklichkeitsverweigerung. Es gibt aber Menschen, die Veränderungen anstoßen und sich dabei als wirksam erfahren haben. Wandel ist immer, Transformation ist Alltag – auch jetzt schon.

Wir freuen uns auf den Austausch mit Ihnen! ✕



Deutschlandradio
Körperschaft des öffentlichen Rechts
Raderberggürtel 40, 50968 Köln

